

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

22. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 4. März.)

11 Uhr. Am Ministerlich Camphausen und Dr. Achenbach mit mehreren Commissarien.

Es sind eingegangen vom Finanz- und Justizminister ein Gesekentwurf, betreffend das Hinterlegungsweisen von den Ministern des Innern und der Justiz ein Gesekentwurf, betreffend die Regelung der staatsrechtlichen Stellung des kaiserlichen Hauses Sayn-Wittgenstein-Berleburg, und vom Kultusminister ein Gesekentwurf, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen. (Große Bewegung.)

Die letztere Vorlage wird sofort zum Druck befördert und soll noch heute Abend vertheilt werden. Ueber ihren Inhalt erfahren wir vorläufig Folgendes: es sollen sämtliche Leistungen für die Bischöfe und die Geistlichen bis dahin einbehalten werden, daß die Bischöfe resp. Bisthumsverweier erklären, die Staatsgesetze befolgen zu wollen. In den Diöcesen, in welchen der Bischof diese Erklärungweigert, werden die Kompetenzen den einzelnen Geistlichen weitergegeben, welche als Einzelne die Erklärung abgeben. Der Kultusminister ist ermächtigt, solchen Geistlichen die Zahlung leisten zu lassen, die durch conclusive Handlungen beweisen, daß sie die Staatsgesetze befolgen wollen. Die Vorlage enthält außerdem nähere Bestimmungen über die Ausführung der angeführten Maßregel und wird in den Motiven vorzugsweise durch die neueste Encyclica begründet. (Vergl. unten den Wortlaut des Gesetzes.)

In dritter Beratung wird der Gesekentwurf, betreffend die Dedung der bei der Begebung der Eisenbahnanleihe aus dem Jahre 1868 entstandenen Coursverluste ohne Debatte definitiv genehmigt.

Alsdann steht der Gesekentwurf, betreffend die Abtretung der preussischen Bank an das Reich und die Errichtung von Zweiganstalten der selben in außerpreussischen Theilen des Reiches zur zweiten Beratung. Die einzelnen Paragraphen desselben werden ohne Discussion genehmigt. Zu diesem Gesetze hat der Abg. Parisius folgende Resolution beantragt: „Die Staatsregierung aufzufordern, für den Fall, daß bei der Auseinandersetzung mit der Reichsbank über die Grundstücke der preussischen Bank von der Reichsbank eine Entschädigung für den Ueberschuß des wirklichen Werths über den Buchwerth an Preußen zu zahlen ist, diese Entschädigung unterfällt in die Staatskasse abzuführen.“

Der Antragsteller führt aus, daß es allerdings nicht gut möglich sei, über die hier vorliegende zweifelhafte Rechtsfrage in diesem Hause eine Entscheidung zu treffen; aber man könne ohne Gefahr für den Fiskus den Antrag annehmen oder ablehnen, da es sich nur um unbedeutende Summen handelt. Der Antragsteller hat einen Satz, der es ausdrücklich den Banktheilseignern überläßt, ihre etwaigen Ansprüche im Rechtswege geltend zu machen, fallen lassen, weil die an sich schon dunkle Sache dadurch nicht klarer wird. Da der Justizminister Mitglied des Bankcuratoriums ist, so nimmt vielleicht der Handelsminister als Chef der Bank Gelegenheit, die Sache nochmals zu prüfen, in diesem Falle würde der Antragsteller auf die Abstimmung über seine Resolution verzichten.

Der Handelsminister: Aus den Worten des Vorredners geht schon hervor, daß es sich nicht um erhebliche Summen handelt; der Antrag hat also an Tragweite verloren. Was die Sache selbst betrifft, so muß ich der Resolution widersprechen. Nach dem Reichsbankgesetz und auch nach dem vorliegenden Gesetze findet eine Auseinandersetzung nur zwischen dem Reiche und Preußen statt; daher, daß die Grundstücke der Bank an das Reich übergehen. Bei dem Verhältnisse zwischen Preußen und den Banktheilseignern kommt einfach in Betracht, ob die Grundstücke nach ihrem richtigen Werth in die Bilanz aufgenommen sind oder nicht; sind sie richtig eingetragen, so ist von einer Entschädigung natürlich nicht die Rede; sind die Grundstücke nicht richtig eingetragen, so können die Banktheilseigner die Rectification der Bilanz fordern; würde sich ein Mehrerwerth herausstellen, so müßte dieser Ueberschuß als Dividende zur Vertheilung kommen und es würde kaum möglich sein, diesem modus procedendi zu widerprechen. Ich muß also bitten, den Antrag Parisius abzulehnen.

Abg. Parisius erwidert sich eine ausdrückliche Erklärung darüber, ob nochmals eine rechtliche Prüfung des Sachverhaltes eintreten solle; nur dann könne er seinen Antrag zurückziehen. Die Ansicht des Ministers würde richtig sein, wenn es sich um eine Liquidation der Bank handelte; davon ist aber keine Rede.

Der Handelsminister erklärt, daß er zwar die Ansicht des Vorredners nicht theilt, daß er aber diese Frage nochmals innerhalb der betheiligten Behörden zur Sprache bringen und prüfen lassen wolle.

Abg. Parisius zieht darauf die Resolution zurück und wird die Vorlage in zweiter Beratung genehmigt.

Das Haus geht darauf die zweite Beratung des Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Baupwesen fort.

Unter den einmaligen Ausgaben sind aufgeführt 600,000 Mark als erste Rate zum Umbau des Welfenschlosses für die polytechnische Schule in Hannover.

An diese Position knüpft sich eine sehr eingehende Debatte. Abg. Rickert führt als Referent der Budget-Commission die Gründe an, welche die überwiegende Majorität der Commission veranlassen, dem Hause die Bewilligung der geforderten Ausgabe zu empfehlen. Die Regierung hat in einer Denkschrift das Bedürfnis für einen Neubau beziehungsweise Umbau der polytechnischen Schule in Hannover auf das Ueberzeugendste nachgewiesen. Das jeztige, 1837 errichtete Gebäude, war für 250 Studierende berechnet, während die Frequenz jezt auf 600 bis 700 gestiegen ist. Schon in den Jahren 1853, 1860 und 1873 mußten Anbauten gemacht werden; in Folge dessen stehen aber die verschiedenen Räumlichkeiten in gar keinem inneren Zusammenhange; außerdem sind sie noch immer nicht ausreichend. Die Commission fragte sich nun, ob sich ein Neubau nicht vielleicht besser empfehlen würde, als der Umbau des Welfenschlosses, zumal ein Neubau nur etwa 300,000 Thlr. mehr kosten würde, als der Umbau, dessen Kosten auf 700,000 Thlr. veranschlagt sind. Ueberdies würde der Verkauf des jeztigen Gebäudes der Anstalt einen Erlös von 370,000 Thlr. ergeben. Gegen die Vornahme des Umbaus des Welfenschlosses hat ein Mitglied der Commission Protest eingelegt, da das Schloss Privateigenthum des früheren Königs von Hannover sei, zu dem sogenannten Beschlagnahme-Vermögen gehöre. Der Vertreter der Regierung erklärte, diese Ansicht sei eine irrige, das Welfenschloß gehöre zu den Domänen des preussischen Staates. Dem Gesetze vom 28. Februar 1868 hat der bezügliche mit dem Könige Georg abgeschlossene Vertrag vom 29. September 1867 beigegeben, nach dessen § 1 dem Könige Georg das Schloss Herrenhausen nebst Zubehör verbleibt. Der Abg. Miquel hat damals im Abgeordnetenhaus die Frage angeregt, was zu diesem Zubehör gehöre und geäußert, er fürchte fast, man könnte unter dem Zubehör auch den Georgsgarten, die Herrenhäuser Allee und das Welfenschloß verstehen. Jeder Hannoveraner aber wisse, daß diese Gegenstände niemals Zubehör des Schlosses Herrenhausen gewesen sind.

Der Vertreter des Finanzministers erklärte hierauf, die Frage, was zu dem Zubehör gehöre, unterliege noch eingehenden Erörterungen, die noch nicht abgeschlossen seien. Die Frage war also damals noch eine offene. Das Mitglied der Commission, welches den Protest eingelegt hatte, erklärte nun, bei den Verhandlungen mit dem Könige Georg sei das Welfenschloß ausdrücklich als Zubehör von Herrenhausen anerkannt worden und beantragte, die Verhandlungen auszuheben und den Abg. Windthorst (Meppen), der über die Sache orientirt sei, zu denselben einzuladen. Der Vertreter der Regierung erklärte sodann, im Laufe der Verhandlungen mit dem Könige Georg seien allerdings Zweifel darüber entstanden, was unter dem Zubehör zu verstehen sei; die Regierung habe aber die Frage geprüft und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Schloss gehöre zum preussischen Domainen-Vermögen. Angezogen dieser Erklärung und in Anbetracht des Umstandes, daß das protestirende Mitglied keinen thatsächlichen Beweis für seine Behauptung erbracht hat, der Abg. Windthorst (Meppen) aber an die Commission keine Mittheilungen gelangen ließ, schlägt Ihnen die Commission mit allen gegen zwei Stimmen vor, die geforderte Summe zu bewilligen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bitte Sie, den Vorschlag der Regierung

abzulehnen. Wenn das Bedürfnis, die polytechnische Schule zu vergrößern wirklich vorliegt, so ist die Lage des Welfenschlosses eine solche, daß unweidmässiger die Schule gar nicht angelegt werden kann. Es kommt mir das so vor, als wollte man die hiesige Universität nach Schloß Bellebue im Thiergarten verlegen. Das Welfenschloß liegt sehr entfernt von dem eigentlichen Haupttheile der Stadt, so daß die Schüler weite Wege zu machen hätten und die Lehrer in der Auswahl ihrer Wohnung sehr beschränkt wären. Wollte man die städtischen Behörden in Hannover befragen, so würden sich dieselben gegen einen solchen Umbau ebenso bestimmt aussprechen, wie es der Director der Schule gethan hat. Die großen Räumlichkeiten des Schlosses sind überhaupt wenig geeignet, für die Zwecke eines akademischen Gebäudes hergerichtet zu werden. Dem aber muß ich widersprechen, daß man 700,000 Thaler verwerfen, ohne das etwas Nützliches erreicht wird.

Ueberdies haben wir Sachverständige befragt, daß es mit dieser Summe nicht gethan sei; man weiß ja, daß solche Anschläge regelmäßig überschritten werden. Ein ordentliches neues Gebäude zu errichten, wäre also viel besser. Um einen Bauplatz braucht man nicht verlegen zu sein; war doch die preussische Regierung wegen eines Platzes in der Humboldt-Straße mit der Baugesellschaft in Hannover schon quasi einig, so daß die letztere fundatam intentionem hatte zu glauben, sie könne das Grundstück erwerben. Nun auf einmal kommt die Regierung mit einem ganz anderen Vorschlage. Das Welfenschloß gehört überdies nicht zum Domainen-Vermögen; ich bin bei den einschlägigen Verhandlungen zugegen gewesen und weiß, was „Herrenhausen nebst Zubehör“ bedeutet. Die Verhandlungen drängen sich in die letzten Wochen des September zusammen, und da der 1. October nicht überschritten werden durfte, wurden sie mit einer gewissen Eile geführt, so daß der Vertrag manche Unvollkommenheiten enthält. Als der Vertrag abgeschlossen war, habe ich die Bedeutung des Wortes „Zubehör“ wiederholt bezeichnet und ich sagte dem Herrn Reichskanzler, daß man großen Werth darauf lege, daß in diesem Sinne auch die Ausführung des Vertrages erfolge. Es wurde mir gesagt, daß der Herr Reichskanzler dem Finanzminister von der Heydt mitgetheilt habe, eine richtige Auslegung des Wortes „Zubehör“ wäre erwünscht. Ich erlaube den Herrn Finanzminister, dieses Schreiben vorzulegen. Herr von der Heydt sagte mir, daß er das Welfenschloß gar nicht wüßte, weil er eine so enorme Bausumme nicht in den Etat übernehmen wolle. Es wurde demnach dem Oberpräsidenten von Hannover Grafen Stolberg aufgetragen, zu erörtern, was zu dem Zubehör gehöre und befand sich in dem Rescript eine Clause, daß der Finanzminister das Welfenschloß zu dem Zubehör rechne. Graf Stolberg ließ die gemündeten Erörterungen eintreten und sagte in seinem Rescript an das Ministerium, daß das Welfenschloß in der That zu dem Zubehör von Herrenhausen zu rechnen sei. Hierauf wurde dem Bevollmächtigten des Königs Georg, Geh. Rath Wollen, unterm 23. November 1867 von dem Grafen Stolberg mitgetheilt, daß nach einem ihm zugegangenen Erlasse des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und des Finanzministers vom 17. November unter Zubehör verstanden werden soll „der gesammte Complex des Schloss- und Gartenbezirkes Herrenhausen, welcher die Qualität einer selbstständigen Gemeinde hat.“

Daß das Welfenschloß zu diesem Bezirke gehört, wird doch die Regierung nicht leugnen. Ich freute mich über jenen Erlaß und daß die Herren von Bismarck und v. d. Heydt die Sache in solcher Treue ausgeführt hätten. Gleichwohl, meinte ich, könnte es nichts schaden, wenn man die Erklärung der Minister ausdrücklich acceptirte; die Acceptation erfolgte denn auch. Einige Zeit nachher gab Herr v. d. Heydt mir zu verstehen, daß von Hannover aus, ich glaube, von dem General v. Voigts-Rheze, unangenehme Empfindungen über jenen Beschluß laut geworden seien. Ich erwidere, wenn falsche Folgerungen aus dem Vertrage gezogen würden, so müßten die Gerichte entscheiden. Was ich sonst noch erfahren habe, will ich heute noch nicht erzählen. Am 22. December kam vom Grafen Stolberg die Mittheilung, daß nach einem Erlasse des Finanzministers des Königs Majestät näheren Bericht darüber eingefordert habe, welche Gegenstände nach Inhalt des Vertrages zum Zubehör zu rechnen seien; vorläufig solle mit der bisherigen Ausführung des Vertrages fortgefahren werden. Am 2. März 1868 erfolgte die Beschlagnahme und die Bevollmächtigten des Königs Georg erfuhren, daß über einzelne Gegenstände anderweit disponirt, insbesondere die Pferdeställe zu militärischen Zwecken benützt seien. Man erklärte dem Grafen Stolberg, das widerstreite dem Vertrage, worauf eine Antwort nicht erfolgte. Die Beschlagnahme dauert denn ad majorem gloriam des Reptilienfonds noch fort. Auf die Anfragen des Abg. Miquel im Jahre 1868 hat die Regierung eine so diplomatische Erklärung gegeben, weil ich Zeuge war. Diese Erklärung ist aber nach dem Erlasse der Minister v. Bismarck und von der Heydt vom 23. November 1867 und nach der ausdrücklichen Acceptation desselben ohne alle Bedeutung und der Abg. Miquel würde sich bei derselben nicht beruhigt haben, wenn er das, was er anregte, mit Energie hätte bestritten wollen. Der König Georg ist nicht in der Lage, seine Rechte im Wege Rechts geltend zu machen. (Auf: Warum nicht?)

Das ist eine eines alten preussischen Juristen sehr würdige Frage. Nach neupreussischer Ansicht aber ist während der Dauer der Beschlagnahme die dazu eingesetzte Commission der einzige Vertreter der Eigenthumsinteressen. Stände dem Könige Georg der Rechtsweg offen, so wäre ich ganz beruhigt. Denn es ist ein sonderbares Verfahren, den Vertrag so, wie geschlossen, zu interpretiren, dann die Beschlagnahme anzuordnen und während derselben so zu verfahren, wie jest beabsichtigt wird. Handelte es sich um Mobilien, so käme auf ein solches Verfahren nahezu der Begriff „Unterlagung“ in Anwendung. Ich zweifle, ob der Herr Reichskanzler von dem jeztigen Vorgehen Kenntnis hat und glaube nicht eher, als bis ich es von ihm selbst höre, daß er dasselbe billigt. Es desavouirt ein von ihm erlassenes Rescript und es liegt nicht in dem Charakter des Herrn Reichskanzlers, solchen Dingen anders zu begegnen, als wie es der offene, gerade Weg vordreht. Das hat er bei den Verhandlungen mit dem Könige Georg bewiesen und würde es auch heute noch thun. Bei der Frage der Behandlung der depositirten Fürsten hat doch aber der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Wenn es heute noch angebracht wäre, an monarchische Gefühle zu erinnern, die mehr oder weniger Antiquitäten geworden sind, dann würde ich sagen, daß die hier vorgeschlagene Verwendung des Welfenschlosses gegen die Pietät verstößt. Es knüpfen sich an das Schloss interessante historische Erinnerungen, an die Beziehungen des hannoverschen und des englischen Königs Hauses, welche beide mit dem preussischen verwandt sind. Ich werde sie aber mit allem diesem nicht behelligen, weil, wie gesagt, die monarchischen Gefühle zur Antiquität geworden sind.

Geheim-Rath Michelli: Der Streit bezüglich der Auslegung des Vertrages vom 29. September 1867 ist rein privatrechtlicher Natur, gehört also gar nicht vor das Forum dieses hohen Hauses. § 1 des Vertrages bestimmt zunächst, daß das Schloss Herrenhausen nebst Zubehör dem Könige Georg verbleibe; § 3 sagt, daß alle übrigen, selbst zum Privatvermögen des Königs gehörende Grundstücke Eigenthum des preussischen Staates seien. Unter diesen § 3 fällt das Welfenschloß; es fällt unter die Regel, nicht unter die Ausnahme. Die Bevollmächtigten des Königs Georg nahmen das Welfenschloß in Anspruch lediglich auf Grund der Behauptung, daß dasselbe zu dem Zubehör von Herrenhausen gehöre. Das ist aber nicht der Fall; zwischen dem Welfenschloß und Herrenhausen besteht keinerlei privatrechtlicher oder wirtschaftlicher Zusammenhang; ersteres ist von dem letzteren eine gute Viertelstunde Weges entfernt; zwischen beiden liegen noch Privatgrundstücke. Das Schloss wurde 1859 auf demselben Plage erbaut, wo das Schloss Monbrillant stand. Das hannoversche Ministerium verlangte am 22. November 1858 die Summe von 600,000 Thlr. zur Herstellung „einer neuen königlichen Residenz“, nicht zur Erweiterung des Schlosses Herrenhausen. Des letzteren geschah gar keine Erwähnung in den Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Ständen; ich stelle dieselben dem Abg. Windthorst zur Disposition. (Abg. Windthorst (Meppen): Ich kenne sie ganz genau.) Niemand, der die örtlichen Verhältnisse kennt, wird das kolossale Welfenschloß als ein untergeordnetes Object, als ein bloßes Anhängsel des Schlosses Herrenhausen betrachten.

Der Abg. Windthorst beruft sich auf die schriftliche Erklärung des Oberpräsidenten von Hannover vom 23. November 1867. Derselbe nahm aber irrthümlich an, daß das Welfenschloß zu dem Schloss- und Gartenbezirk von Herrenhausen gehöre. Der letztere Bezirk erstreckt überhaupt nur in der Vor-

stellung des Oberpräsidenten, nicht aber in der Wirklichkeit. Deshalb wurde der Oberpräsident auch angewiesen, sein früheres Zeugniß zurückzunehmen; dasselbe war aber widerwärtig, weil es auf einem Irrthum beruhte. Außerdem handelte es sich bei jener Erklärung nur darum, einen bereits perfecten Vertrag zur Ausführung zu bringen; fern lag es dem Oberpräsidenten, den Vertrag materiell abzuändern. Und ferner handelt es sich hier nicht um einen Privatvertrag, sondern um einen Staatsvertrag von großer politischer Bedeutung, dessen Inhalt ausdrücklich festgestellt ist auf Grund Allerhöchster Genehmigung. Die in der Erklärung des Oberpräsidenten beabsichtigte Abänderung war also auch wegen Mangels der Allerhöchsten Genehmigung nichtig. Das Welfenschloß gehört auch nicht zur Sequestrationssache, sondern ist seit 1866 im Besitze Preußens, gehört zu dem Ressort der Domainenverwaltung. Die Regierung kann weitere Ansprüche, welche für das Privateigenthum des Königs Georg geltend gemacht werden sollten, getrost abwarten. Lassen Sie sich durch den Widerspruch des Abg. Windthorst, der in dieser Sache nicht ganz unparteiisch ist, nicht abschrecken, die geforderte Summe zu bewilligen.

Abg. Miquel: Handelte es sich hier nicht um eine wichtige staatsrechtliche Angelegenheit, so würde ich meinen, das Haus müßte die geforderte Summe bewilligen, wenn die Regierung erklärt, das Object, um das es sich handelt, sei unzweifelhaft preussisches Eigenthum. Die besonderen Verhältnisse des Falles fordern uns aber auf, vorsichtiger zu handeln, als bei anderen Gelegenheiten. So lange die Beschlagnahme dauert, ist das Gericht aus der Sache herausgewiesen und ich glaube, auch die Freunde des Beschlagnahmegesetzes haben erkannt, daß es nicht notwendig war, diesen Satz in das Gesetz hineinzuschreiben. Dann wäre es dem Könige Georg möglich geworden, sein Eigenthum geltend zu machen mit der rei vindicatio oder der actio negatoria. Die Commission, welche das Vermögen verwaltet, kann höchstens ihrerseits eine Klage gegen den preussischen Fiskus anstellen; es fragt sich aber, ob dem Könige Georg mit dieser Vertretung geholfen wäre. Der Rechtsweg ist dem letzteren also abgeschnitten so lange die Beschlagnahme dauert; ist dieselbe aufgehoben, so kann er sein Eigenthum vindiciren oder Entschädigung beanspruchen. Die Verhandlungen zwischen dem König Georg und der preussischen Regierung, welche zur Genehmigung des Vertrages durch das Abgeordnetenhaus gepflogen worden sind, sind juristisch genommen ganz irrelevant; die Regierung konnte durch dieselben nicht verpflichtet werden; überdies hat sich dieselbe die Ratification des Vertrages bis zur erfolgten Genehmigung durch dieses Haus im Vertrage selbst ausdrücklich vorbehalten. Das Haus ertheilt aber seine Genehmigung in dem Sinne, daß bezüglich der Frage, was unter dem Zubehör des Schlosses Herrenhausen zu verstehen sei, nicht diese oder jene abgegebenen Erklärungen, sondern die wirkliche Sachlage entscheiden solle. Wenn das Haus die Rechtsfrage ebenso aufstellt, wie ich, so wird es nicht umhin können, die geforderte Summe zu bewilligen. Damit aber eine eingehende Prüfung dieser Rechtsfrage eintrete, empfehle ich, den Lit. 77 an die Budgetcommission zurückzuverweisen. Dadurch befunden wir, daß wir auch den Schein der Uebereilung in wichtigen Fragen vermeiden können.

Abg. Windthorst (Bielefeld) stellt nunmehr ausdrücklich den Antrag, den Lit. 77 zur nochmaligen Prüfung an die Budgetcommission zurückzuverweisen.

Abg. Windthorst (Meppen): Es handelt sich lediglich um den Vertrag, wie er mit dem Könige Georg abgeschlossen ist und was nach diesem unter Herrenhausen nebst Zubehör zu verstehen ist. Ich habe mich für meine Ansicht, daß auch das Welfenschloß dazu gehöre, auf das Schreiben des Fürsten Bismarck an den Finanzminister v. d. Heydt und das Rescript des letzteren bezogen; beide Actenstücke sind von der Regierung nicht mitgetheilt worden. Es ist mir interessant gewesen, heute vom Ministerliche aus den Fürsten Reichskanzler desavouirt zu sehen; man hat den Reichskanzler und den Finanzminister v. d. Heydt sogar des Ueberschreitens ihrer Amtsbefugnisse beschuldigt. (Widerpruch.) Der Herr Commissarius hat erklärt, daß der Reichskanzler ohne Genehmigung Sr. Maj. des Königs die von ihm abgegebene Erklärung gar nicht abgeben durfte. Ich muß den Reichskanzler und den Finanzminister v. d. Heydt gegen diesen Vorwurf in Schutz nehmen. (Große Heiterkeit.) Sie waren in Beziehung auf irgend ein Stück, welches man zum Domainen-Vermögen rechnen konnte, vollkommen verfügungsberechtigt, auch ohne eine Genehmigung des Königs einzuholen. Der Herr Regierungs-Commissarius hat als wichtiges Moment angeführt, daß das Schloss im ungetrübten Besitze der Regierung sei; der ersten militärischen Occupation konnte sich Niemand widersetzen; aber zwischen dieser ersten und jener zweiten, auf Grund der anderweitigen Interpretation des Vertrages erfolgten Besitzergreifung befand sich das Welfenschloß im Besitze der Administration des Königs Georg. Da also nach meiner Meinung das Schloss dem Könige Georg gehört, so muß ich bitten, diese Summe abzulehnen, um nicht durch eine andere Verwendung des Objectes den Rechtsweg zu erschweren.

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner ist der Meinung, daß es ganz zweifelhaft sei, daß zum Schlosse Herrenhausen auch das Welfenschloß gehöre; das wird von der Regierung entschieden bestritten. Die Acten ergeben nicht die leiseste Spur davon, daß diese Ansicht bei Abschluß des Vertrages vorhanden gewesen sei. Wie die Lage der Dinge war, kann ich nicht verstehen, daß ein so gewiegter Unterhändler wie der Vorredner, es für gut befinden konnte, das Welfenschloß mit Stillschweigen zu übergehen, wenn er überzeugt war, es würde ihm mit überwiesen werden. Nach dieser Erfahrung würde ich ihn niemals zu meinem Unterhändler machen. Es bestand allerdings bei dem Finanzminister und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Zeit lang die Meinung, es könne wohl das Welfenschloß zu dem Zubehör zu rechnen sein. Sie finden nämlich eine vollständige Unsicherheit der Ausdrücke; man hat von einem Schloss- und Gartenbezirk von Herrenhausen gesprochen; es besteht aber nur ein Schloss- und Gartenbezirk, zu dem Herrenhausen auch gehört. Aus dieser Unsicherheit ging das Rescript des Finanzministers hervor; aber schon nach einiger Zeit (Abg. Windthorst: 4 Wochen später!) entstanden Zweifel darüber, was zum Zubehör des Schlosses Herrenhausen zu rechnen sei; die damaligen Ressortschefs (Abg. Windthorst: Nur der Finanzminister!) haben sich veranlaßt gesehen, eine eingehende Prüfung zu veranlassen; die Sache wurde an das Staatsministerium gebracht, es wurde ein Rechtsgutachten eingeordert und das Resultat dieser Untersuchungen war, daß, wie alle Mitglieder aus Hannover, den Vorredner ausgenommen, bestätigen werden, niemals früher das Welfenschloß zum Zubehör von Herrenhausen gezählt worden ist. Wenn der Vorredner die Aufsehung des früheren Finanzministers und des Reichskanzlers in einen gewissen Gegensatz zu bringen versucht hat, so kann ich nur sagen, wenn der Regierungs-Commissarius, der sehr discret das Meiste verschwiegen hat, in dieser Beziehung hätte weiter mit der Sprache herausgehen wollen, würde er Ihnen haben sagen können, daß eine vom Fürsten Bismarck und vom Finanzminister v. d. Heydt gezeichnete Verfügung erging, wonach diese beiden Ressortschefs gemeinschaftlich die erste Auffassung modificirt und sich zu derjenigen Ansicht bekannt haben, welche die Staatsregierung noch heute vertritt. (Hört! Hört!), daß das Welfenschloß niemals zu Herrenhausen gehört habe, sondern unzweifelhaft als Staatsigenthum zu betrachten sei. Ob Sie die Frage, hinsichtlich deren die rechtliche Ueberzeugung der Staatsregierung feststeht, nochmals der Budget-Commission überweisen wollen, muß ich Ihnen anheimstellen; mir scheint aber, daß eine solche Untersuchung zu einem weiteren Resultate nicht führen kann. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen und den Titel zu bewilligen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst (Bielefeld): Die streitige Rechtsfrage scheint mir noch nicht soweit aufgeklärt (Widerpruch), daß wir jest in der Lage wären, ein Urtheil abzugeben; wir haben Gründe gehört, aber sowohl der Abg. Windthorst hat erklärt, daß er nicht alle Gründe angeführt habe, und der Herr Minister hat gesagt, daß sein Commissarius nicht ganz mit der Sprache herausgekommen sei; es sind Erlasse und Rescripte angezogen, aber nicht vorgelegt. Wir müssen die noch rückständigen Gründe und die Rescripte prüfen, und zwar um so vorsichtiger, als das Abgeordnetenhaus eine gewisse Parteilichkeit einnimmt und eher geneigt ist, die Interessen des preussischen Fiskus zu schätzen, als die Interessen eines Königs, dem wir uns bisher nicht immer freundlich entgegengestellt haben. Würde die Sache nicht klar gestellt, so würden mehrere meiner politischen Freunde und ich nicht in der Lage sein, den Titel zu bewilligen. Wenn der Abg. Windthorst (Meppen)

die vorgeschlagene Verwendung als einen Act der Impiety bezeichnet, so kann ich nur sagen, daß es mir sehr leid thut, der Forderung nicht augenblicklich zustimmen zu können, weil ich wünsche, diese nur für fürstliche Thorheiten und Eitelkeiten bestimmten Gebäude einem nützlichen Zwecke dienlich zu machen. Aber ich sage auch dem Feinde Gerechtigkeit: fiat justitia, pereat mundus.

Abg. Windthorst (Meppen): Wenn der Finanzminister meinte, er würde mich nicht zum Unterhändler nehmen, so kann ich dagegen sagen, nachdem ich gelehen habe, wie Verträge ausgelegt werden, würde ich aus seiner Hand ein Commissorium nicht annehmen, weil ich von meinen Verhandlungen auch wünschen würde, daß sie gehalten und ausgeführt würden. Auf den Vorwurf, daß die Specification nicht in den Vertrag selbst aufgenommen sei, habe ich zu erwidern, daß die Verhandlungen sich in den September 1867 concentrirten; es wurde mir gesagt, daß die Sache sich selbst herausstellen würde und im Vertrauen auf die Localität der preussischen Behörden habe ich mich dabei beruhigt. Wenn hier von Entschädigung und Entschädigung gesprochen ist, so kann mich das nicht überzeugen, weil sie nicht vorgelegt sind. Ich kann Sie nur bitten, verfahren Sie nicht über ein Object, ehe der Rechtsweg nicht entschieden hat, wem es gehört.

Abg. Sarrazin beantragt den Titel zur wiederholten Prüfung mit Rücksicht auf die heutige Verhandlung an die Budgetcommission zurückzuweisen.

Abg. Lauenstein bestätigt, daß das Welfenschloß niemals als Zubehör von Herrenhausen aufgeführt worden ist; aus der Interpretation gehe nur hervor, daß die Beamten nicht mit den Verhältnissen vertraut gewesen seien. Redner glaubt, daß der König Georg keinen Rechtsanspruch habe, bebauert aber, daß ihm in Folge der Sequstration der Rechtsweg verschlossen sei. Jedenfalls empfehle es sich, die Sache der Budgetcommission zu überweisen, damit das Haus auf Grund des beigebrachten weiteren Materials sein Votum abgeben könne.

Handelsminister Dr. Henrich: Die Regierung kann nur wünschen, daß das Haus sofort einen Beschluß fass. Die Regierung wird nicht im Stande sein, irgend etwas Mehreres beizubringen, als sie schon gebracht hat. Selbst der Abg. Windthorst (Meppen) hat nicht den Versuch gemacht zu beweisen, daß das Welfenschloß zu Herrenhausen gehöre, sondern nur behauptet, daß man nach den Vertragsverhandlungen dazu gekommen sei, ein Partitionsverhältnis anzunehmen. Er hat auch selbst angedeutet, daß es sich um eine materielle Uebertragung des Vertrages handle, indem er beim Verlesen des Erlasses des Oberpräsidenten sagte: acceptirt! Wenn auch der Vertrag selbst der Zustimmung des Landtages nicht unterbreitet wurde, so war er doch ohne Zustimmung desselben nicht ausführbar, weil es anders nicht möglich war, die 16 Millionen Thaler Entschädigung flüssig zu machen. Also alles, was gechehen war, charakterisirte sich als Vorberhandlung; fiel § 4 mit den 16 Millionen Thaler Entschädigung, so hätten die übrigen Bestimmungen keine selbstständige Bedeutung. Ich glaube, das Haus ist in der Lage, schon jetzt eine Entscheidung zu treffen, alle weiteren Verhandlungen versprechen meiner Ansicht nach kein Resultat.

Referent Abg. Richter erklärt, daß in der Budgetcommission die Meinung sich geltend gemacht habe, es sei nicht Aufgabe der Budgetcommission, sich als Gerichtshof zu constituiren und die Rechtsfrage zu entscheiden. (Sehr richtig!)

Abg. Windthorst (Bielefeld) zieht darauf seinen Antrag zu Gunsten des Sarrazin'schen zurück; das Haus lehnt aber auch diesen ab (dafür nur das Centrum und ein Theil der Fortschrittspartei) und genehmigt den Titel 77.

Bei Tit. 81 (Zur Einrichtung von Sammlungen und Unterrichtsräumen für das deutsche Gewerbemuseum in Berlin und zur Beschaffung einer kunstgewerblichen Bibliothek 39,000 M.) verlangt Abg. Lehfeldt das Wort und befragt die Position, nach welcher die Bibliothek des Gewerbemuseums vermehrt werden soll, obwohl man das Institut selbst im gegenwärtigen Etat heimathlos gemacht habe. Das Gewerbemuseum könne liegen, wo es wolle, nur nicht an der Peripherie, da es Abendhändler aus allen Theilen der Stadt in sich schließe. Am besten sei seine Lage bei den großen Instituten der Kunst. Redner glaubt nicht einmüthig genug wiederholen zu können, daß die Bauten der Kunst an die Museums-Insel, die der Wissenschaft an die Universität gehören. Dies und nichts Anderes habe er in der vorigen Sitzung gesagt, und weise die Vorwürfe des Handelsministers energisch zurück, der ihn auch bezüglich der technischen Deputation mißverstanden habe, betreffs deren er nur hervorgehoben, daß ihr oft dieselben Personen als der Akademie angehören, Räte, die nun ihre Arbeiten an drei Orten zu erledigen hätten. Den Bau des Gewerbemuseums empfehle er der Fürsorge der Regierung. — Der Titel selbst wird bewilligt.

Zur Ausführung der Strandordnung sind in Tit. 82 30,000 Mark erforderlich. Abg. Schmidt (Stettin) glaubt aus dem Fehlen jeder Gehaltsforderung für die Strandungsbeamten den Schluß ziehen zu sollen, daß die Ausführung des Gesetzes sich noch weit im Rückstande befinde. Der Handelsminister erwidert, daß die Organisation der Strandungsbehörden bereits stattgefunden habe. Sie sei allerdings erst eine provisorische, deren Wirkungen man erproben müsse, ehe man mit den Gehältern der Beamten auf dem Etat herabtreten könne.

Der Titel wird bewilligt, womit das Extraordinarium des Etats für Handel, Gewerbe und Baupolizei erledigt ist.

Es folgt die Verathung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung, zu deren Einnahmen der Abg. Hammacher bemerkt: Dieser Etat hat bisher bei Weitem mehr die Aufmerksamkeit des Finanzministers als der Landesvertretung erregt, ich will heute keine eingehendere Prüfung als sonst anregen, muß aber doch hervorheben, daß die Ueberschüsse dieses Etats in den beiden letzten Jahren ungefähr den gesamten Einnahmen aus der Klassen- und flächigen Einkommensteuer, oder aus der Grund- und Gebäudesteuer gleichkommen. Die Ergebnisse dieser Verwaltung haben wesentlich zur Verringerung der außerordentlichen Ausgaben beigetragen, es wäre aber eine Täuschung, darauf zu rechnen, daß gleiche Einnahmen für die nächsten Jahre in Aussicht stehen. Der wichtigste Zweig dieser Verwaltung ist der Steintohlenbergbau. Er repräsentirt etwa den fünften Theil des gesamten Steintohlenbergbaues. Jeder Pfennig Mehr- oder Mindereinnahme pro Centner Steintohlen macht aber für die Einnahmen der Staatskasse die Summe von 400,000 Thlr. aus. Nun sind die Preise für Steintohlen in den letzten 3 Jahren um mehr als das Doppelte gestiegen. Bereits in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres ist aber ein bedeutender Preisrückgang eingetreten, der in seinem Fortgange die Realisirung des hier vorgelegten Etats zur Unmöglichkeit machen muß. Dasselbe trifft aber auch zu bei der Einnahme, die unter dem Titel der Abgaben von den Produkten der Privatbergwerke erhoben wird. Diese haben in den beiden letzten Jahren die hohe Summe von 1,700,000 Thlr. erreicht. Es ist aber keine Aussicht vorhanden, daß sich diese Einnahme wiederholen wird. Ich glaube sogar, voraussetzen zu können, daß das gesamte Interesse des Staates in nicht zu ferner Zeit rechtliche Forderungen des Privatbergbaues hervorgerufen wird, die auf eine Reform unseres gesamten Bergwerks-Abgabensystems hinstellen. Wir können uns einer solchen Erkenntnis um so weniger verschließen, als sie der Wiederherstellung des allgemeinen Urtheils im ganzen Lande ist, soweit es sich für den Bergbau interessiert.

Reg.-Commissar Ober-Vergahauptmann Krug von Nidda: Die Regierung verleiht sich der Besorgnis nicht, daß herabgehende Conjunctionen bei diesem Etat Mindereinnahmen ergeben können. Die Verminderung der Selbstkosten wird jedoch das wesentlichste Mittel sein, den Ausfall zu decken. Unter solchen Verhältnissen ist ein bedeutender Ausfall kaum zu befürchten. Die etwaige Verminderung der Revenuen läßt sich jetzt noch nicht übersehen, wird aber jedenfalls keine Unbequemlichkeit für die allgemeine Finanzverwaltung zur Folge haben.

Die Titel 1-6 werden bewilligt.

Tit. 7 enthält die Einnahmen aus dem Vadbetriebe. Abg. Frenkel ist zwar nicht ganz sicher, ob der Handelsminister für die Verwaltung des Seebades Kranz bei Königsberg verantwortlich ist, will jedoch nicht unterlassen, die antediluvianischen Zustände dieses Bades zur Sprache zu bringen, um die Aufmerksamkeit der Regierung darauf hinzulenken. Ober-Vergahauptmann Krug von Nidda erwidert, daß die Verwaltung von Kranz seinem Ressort nicht unterstehe, und Abg. Graf Winklerode ist der Meinung, daß die Beschwerde bei der Verathung des Domänenetats hätte angebracht werden müssen. Die einzelnen Titel der Einnahmen werden hiernach anstandslos bewilligt.

Zu dem Ausgabeetat liegt von den Abgg. Berger, Hammacher und Genossen der Antrag vor: in den Etat pro 1876 und folgende die Einnahmen und Ausgaben für den dem Staate und der Stadt Berlin gemeinschaftlich gehörigen Raststeinbruch zu Rixdorf getrennt von den übrigen dem Staate gehörigen Bergwerken u. einzustellen.

Abg. Hammacher motivirt den Antrag mit Hinweis darauf, daß bei den Rastgruben in Rixdorf ein Condominium des Staates und der Stadt Berlin vorliege, indem ersterer mit $\frac{1}{2}$, letztere mit $\frac{1}{2}$ bei den Einnahmen participire. Bei der bisher beliebten Aufstellung erhalte nicht, welchen Betrag der Staat jährlich an die Stadt herauszahlen habe. — Der Antrag wird jedoch auf die regierungsseitig gemachte Zusage, in Zukunft demgemäß zu verfahren, zurückgezogen. Dem Vorschlage zur Theilung des Tit. 11 in zwei, in deren

letzterem der an Berlin herauszahlende Antheil auf 70,000 Mark fixirt wird, tritt das Haus bei.

Zum Kapitel 16 „Hüttenwerke“ liegt ein Antrag der Commissarien des Hauses vor, dem nächsten Etat eine Zusammenstellung anzufügen, woraus die zum Betriebe der einzelnen Staatshüttenwerke erforderlichen Betriebsfonds ersichtlich. Derselbe wird von den Abgeordneten Berger und Schröder (Lippstadt) befürwortet und mit großer Mehrheit genehmigt.

Bei Kapitel 19 (Oberbergämter) bringt Abg. Schlieper die durch den Bergbau verurtheilten Bodensenkungen in den Städten Jserlohn, Essen, Steele und Dörbarn zur Sprache. Besonders in Jserlohn ist der Bergbau ualst und von hervorragender Bedeutung. Schon früher waren dort hin und wieder kleine Bodensenkungen vorgekommen, wofür Entschädigungen an die Beschädigten gezahlt wurden. Als es aber anfang, recht bedenklich in den Wohnungen zu knistern und zu trachen, ganze Straßen ins Schwanken geriethen, ganze Häuserreihen einstürzten, lebten die Interessenten jede Entschädigung ab, angeblich, weil die Bodensenkungen mit dem Bergbau nicht in Verbindung standen. Ein gegen die Mäthig-Bestfällische Bergwerksgesellschaft, der man die Ursache der Verwüstungen fast allgemein zuschreibt, während Redner — weder beschädigt, noch an jener Gesellschaft irgendwie betheiligt — unparteiisch diese Frage unentschieden lassen wolle, angestrebter Proceß hat 17 Jahre gedauert; die katholische Kirchengemeinde ist nach einem langen und kostspieligen Verfahren mit ihrer Klage abgewiesen worden — wer von den meist armen Leuten möchte da noch gerichtlich klagen werden? Der Redner entwirft dann ein trauriges, düsteres Bild von dem in jenem Stadtviertel herrschenden Elend und richtet die Frage an den Minister, ob die königliche Regierung von dem geschilderten Nothstande genau Kunde habe und ob und event. was zu thun sie entschlossen sei, um eine große Anzahl treuer Staatsbürger, die ihre Pflichten und Lasten stets willig und gerne getragen, in ihrem unverschuldeten Elende zu helfen. (Müthige Zustimmung.)

Handelsminister Dr. Henrich: Die Regierung hat es nicht unterlassen, sich mit den Verhältnissen in Jserlohn eingehend zu beschäftigen. Nun ist bereits vom Vorreiter hervorgehoben worden, daß die Prozesse zu Ungunsten der Beschädigten entschieden worden sind. Insbesondere trifft dies bei einer Entschädigungssache der katholischen Gemeinde zu. Da es nicht für erwiesen erachtet worden ist, daß der Bergbau die Schuld an den Beschädigungen trägt, so konnte auch nicht davon die Rede sein, denselben polizeilich zu inhibiren. Unter der Stadt Jserlohn wird übrigens zur Zeit kein Bergbau getrieben, es befinden sich dafelbst nur alte Baue, die nicht benutzt werden. Man darf nicht vergessen, daß die genannten Städte, insbesondere Essen, dem Bergbau ihre Blüthe verdanken. Das Wohnen in solchen Gegenden ist naturgemäß etwas unsicher, in England beispielsweise noch in viel höherem Grade, ohne daß man polizeilich gegen den Bergbau einzuschreiten gedenkt.

Die einzelnen Titel der dauernden Ausgaben werden sämmtlich bewilligt, worauf das Haus sich um 4 Uhr vertagt. Am den nächsten Tag den Commissionsberatungen zu reserviren, wird die Plenarsitzung erst Abends 7 Uhr stattfinden. (3. Sitzung des Gesetzes betreffend die Abtretung der Banl, Fortsetzung der Staatsberatung.)

[Der vom Kultusminister heute vorgelegte Gesekentwurf] lautet:

§ 1. In den Erzdiöcesen Köln, Osnabrück und Bielefeld, den Diöcesen Rulm, Ermland, Breslau, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn, Münster, Trier, Fulda, den Delegaturbezirken dieser Diöcesen, sowie in den preussischen Theilen der Erzdiöcesen Prag, Olmütz, Freiburg und der Diöcese Mainz werden vom Tage der Verkündung dieses Gesetzes ab sämmtliche, für die Bischöfe, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen bestimmten Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt. — Ausgenommen von dieser Maßregel bleiben die Leistungen, welche für Anstaltsgeistliche bestimmt sind. — Zu den Staatsmitteln gehören auch die unter dauernder Verwaltung des Staats stehenden besonderen Fonds.

§ 2. Die eingestellten Leistungen werden für den Umfang des Sprengels wieder aufgenommen, sobald der jetzt im Amt befindliche Bischof oder Bischofsverweser der Staatsregierung gegenüber durch schriftliche Erklärung sich verpflichtet, die Staatsgesetze zu befolgen.

§ 3. In den Erzdiöcesen Osnabrück und Bielefeld, sowie in der Diöcese Paderborn erfolgt die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen für den Umfang des Sprengels, sobald die Bestellung eines Bischofsverwesers oder die Einsetzung eines neuen Bischofs in gleichmäßiger Weise stattgehabt hat.

§ 4. Tritt die Erledigung eines zur Zeit besetzten bischöflichen Stuhles ein, oder scheidet der jetzige Bischofsverweser der Diöcese Fulda aus seinem Amte aus, bevor eine Wiederaufnahme der Leistungen auf Grund des § 2 erfolgt ist, so dauert die Einstellung derselben für den Umfang des Sprengels fort, bis die Bestellung eines Bischofsverwesers oder die Einsetzung eines neuen Bischofs in gleichmäßiger Weise stattgehabt hat.

§ 5. Wenn für den Umfang eines Sprengels die Leistungen aus Staatsmitteln wieder aufgenommen sind, einzelne Empfangsberechtigte aber, der vom Bischof oder Bischofsverweser übernommenen Verpflichtung ungeachtet, den Gesetzen des Staates den Gehorsam verweigern, so ist die Staatsregierung ermächtigt, die für diese Empfangsberechtigten bestimmten Leistungen wieder einzustellen.

§ 6. Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen an einzelne Empfangsberechtigte erfolgt außer den Fällen der §§ 2 bis 4, wenn der Empfangsberechtigte der Staatsregierung gegenüber in der im § 2 bezeichneten Weise sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen. — Außerdem ist die Staatsregierung ermächtigt, die Leistungen einzelnen Empfangsberechtigten gegenüber wieder aufzunehmen, wenn sie durch Handlungen die Absicht an den Tag legen, die Gesetze des Staates zu befolgen. Verweigern dieselben demnach den Gehorsam des Staates den Gehorsam, so sind die Leistungen aus Staatsmitteln wieder einzustellen.

§ 7. Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen erfolgt in allen Fällen vom ersten Tage desjenigen Vierteljahres an, in welchem die gesetzliche Voraussetzung der Wiederaufnahme eingetreten ist.

§ 8. Ueber die Verwendung der während der Einstellung der Leistungen aufgesammelten Beträge bleibt, soweit dieselben nicht nach der rechtlichen Natur ihres Ursprungs zu Gunsten der allgemeinen Staatsfonds als erspart zu verrechnen sind oder anderweitig verwendbar werden, gesetzliche Bestimmung vorbehalten. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist im Falle einer commissarischen Verwaltung des bischöflichen Vermögens auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 befugt, die Fortgewährung der zur Ausstattung der Bischöfe bestimmten Leistungen insoweit zu verfügen, als dies für Zwecke der commissarischen Verwaltung und zur Verringerung der Kosten derselben erforderlich ist.

§ 9. Die executivische Verrückung im Verwaltungswege findet in Betreff der Abgaben und Leistungen an die Bischöfe, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen, für den gesamten Umfang eines Sprengels so lange nicht statt, als für denselben die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln dauert.

§ 10. Sind die Leistungen aus Staatsmitteln an einen Empfangsberechtigten auf Grund des § 6 wieder aufgenommen, so ist in Betreff der an ihn zu entrichtenden Abgaben und Leistungen die Verwaltungs-Execution wieder zu gewahren. — Ein gleiches gilt in Betreff der Abgaben und Leistungen für diejenigen Geistlichen, welche keine Leistungen aus Staatsmitteln zu beziehen haben, wenn sich dieselben durch ausdrückliche oder stillschweigende Willensäußerung (§ 6, Absatz 1 und 2) verpflichten, die Gesetze des Staates zu befolgen, so lange sie dieser Verpflichtung nachkommen.

§ 11. Wer in den Fällen der §§ 2 und 6 die schriftlich erklärte Verpflichtung widerruft, oder der durch dieselbe übernommenen Verpflichtung zuwider die auf sein Amt oder seine Amtsberechtigungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen verlegt, ist durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte zu entlassen.

§ 12. Die Entlassung aus dem Amte hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge. Außerdem tritt die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Execution in dem früheren Umfange wieder ein. — Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Entlassung des Verwaltenden die Einstellung der Leistungen zu verfügen. — Endet das Verfahren mit Freisprechung, so sind die in Folge Verfügung einbehaltenen Beträge nachzahlbar.

§ 13. Zuständig zur Verhandlung und Entscheidung ist der königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten (Gesammmlung Seite 198).

§ 14. Wer Amtshandlungen vornimmt, nachdem er in Gemäßheit des § 11 dieses Gesetzes aus seinem Amte entlassen worden ist, wird mit Geldbuße bis zu 300 Mark, im Wiederholungsfall bis zu 3000 Mark, bestraft.

§ 15. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Berlin, 4. März. (Amtliches.) Se. Majestät der König hat dem Obersten J. D. Hude, bisher Commandeur des Westfälischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 7, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; den Decanen Otto zu Jagst und Landkreise Wiesbaden und Mendel zu Marienberg im Oberwestfälischen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse;

dem Oberst-Lieutenant a. D. v. Falken = Blache li, bisher Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Saarlouis) 4. Rheinischen Landwehr-Regiments Nr. 30, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Straf-Anstalts-Gaustaler Wurm zu Jüterburg das Kreuz der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem bormaligen Gerichtscholzen Gottlieb Schulze zu Gultm im Kreise Sorau das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Premier-Lieutenant Schauer im 4. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 21 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

(Bekanntmachung.) Mehrere Zeitungen haben die Mittheilung gebracht, daß der Präsident des Bundesraths (oder der Präsident des Reichstanzler-Amtes) durch die Bundes-Regierungen ermächtigt worden sei, von jetzt ab Realschülern, welche das Zeugnis der Reife besitzen, die Berechtigung zum Studium der Medicin, zur Meldung für alle medicinischen Prüfungen und zur demnachstigen Niederlassung in allen Staaten des Deutschen Reiches zu ertheilen. Das Reichstanzler-Amt macht hierdurch bekannt, daß diese Angabe jeder thatsächlichen Begründung entbehrt. Berlin, den 3. März 1875. Das Reichstanzler-Amt. Ed.

Der Hofrath Wiegner, der Vice-Consul Dr. Göhring und der Regierungs-Professor v. Frankius sind zu ständigen Hilfsarbeitern im auswärtigen Amte ernannt worden.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Professor Cajus Wilhelm Georg von Rumohr zu Tübingen zum Landrathe ernannt.

Dem Stiefellett-Fabrikanten Peter Petersen (in Firma: A. Chr. Petersen & Co.) in Flensburg ist unter dem 28. Februar d. J. ein Patent auf eine Schneidemaschine für Stiefelablässe auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 4. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen heute um 10½ Uhr Allerhöchstden General à la suite, General-Lieutenant à la suite der Armee, Friedrich Wilhelm Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen, welcher zu den Sitzungen des Herrenhauses hierher eingetroffen ist, nahmen um 11 Uhr militärische Melbungen im Beisein des Commandanten General-Major von Neumann entgegen und hörten dann die Vorträge des Kriegsministers von Rameke und des Chefs des Militärkabinetts General-Majors von Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern, in der liturgischen Abendandacht im Dom anwesend. Heute findet im königlichen Palais eine musikalische Abend-Unterhaltung statt, bei welcher Herr und Frau Padilla und Fräulein Zanotha mitwirken. Vor acht Tagen war die Sängerin Fräulein Busler und der Violoncellist Cohnmann mit den italienischen Künstlern an dem Concerte theilhaftig.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begleitete gestern Morgen um 8 Uhr die Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen bei ihrer Abreise nach dem Anhaltischen Bahnhof. Um 7 Uhr Abends begaben sich die höchsten Herrschaften nach dem National-Theater. Vorher empfing Se. Kaiserliche Hoheit den Botschafter des Deutschen Reichs am Hofe zu St. Petersburg, Prinzen Heinrich VII. Reuß, sowie den Vorsitzenden des Congresses deutscher Landwirthe Herrn von Raab. (Reichsanz.)

© Berlin, 4. März. [Das neue kirchenpolitische Gesetz. Caplan Schneiders in Trier.] Schon seit einiger Zeit war mit Rücksicht auf die fortgesetzte staatsfeindliche Haltung der katholischen Bischöfe und ihres Clerus die Staatsregierung in ernste Erwörterung der Frage eingetreten, ob es nicht unumgänglich geboten sei, fortan die Zahlungen aus Staatsfonds für die Zwecke der katholischen Kirche einzustellen, insoweit die Geistlichen sich nicht verpflichteten, dem Staatsgesetze in jeder Beziehung Gehorsam zu leisten. Eine solche Nothwendigkeit ist durch die neueste Bulle des Papstes noch klarer zu Tage getreten und hat die Beschlüsse der Staatsregierung naturgemäß beschleunigen müssen. Die bisherige Verpflichtung des Staats beruhte bekanntlich auf der Bulle de Salute animarum vom 16. Juli 1821, deren Bestimmungen Friedrich Wilhelm III. seine Zustimmung und durch Veröffentlichung in der Gesetzsammlung staatsrechtliche Wirksamkeit gegeben hat, aber ausdrücklich „vermöge Meiner Majestätsrechte und diesen Rechten, sowie auch allen Meinen Unterthanen evangelischer Religion und der evangelischen Kirche des Staates unbeschadet.“ Das Verhältniß beruht also augenscheinlich auf dem Grundsatz, daß die katholische Kirche, soweit sie von dem preussischen Staate Nuzungen und Leistungen bezieht, darauf nur Anspruch machen darf, wenn sie die Majestät des preussischen Staates und seine Gesetze achtet. Durch das Verhalten des preussischen Episcopats und der Geistlichkeit aber finden sich gegenwärtig jene Majestätsrechte auf das Schwerste verletzt und der Staat ist daher berechtigt und verpflichtet, bis dahin, wo die katholische Geistlichkeit zum Gehorsam gegen die Gesetze zurückkehrt, alle die Mittel zu entziehen, die er zu ihrer Existenz beigetragen hat. Die Vorlage ist demzufolge dahin gerichtet, daß in sämmtlichen preussischen Diöcesen alle Leistungen aus Staatsmitteln für die katholischen Kirchenzwecke zunächst eingestellt werden. Dagegen sollen die Leistungen für den Umfang jeder Diöcese wieder aufgenommen werden, wenn die Bischöfe resp. die Bischofsverweser der Staatsregierung gegenüber sich verpflichten, die Gesetze des Staates zu befolgen. Auch soll die Wiederaufnahme der Leistungen gegenüber einzelnen Empfangsberechtigten eintreten, wenn der Betreffende der Staatsregierung gegenüber sich durch eine schriftliche Erklärung verpflichtet, die Staatsgesetze zu halten. — Die von ultramontaner Seite zu Trier erhobene Beschwerde in Betreff des Verhaltens der Polizei bei der Verhaftung des Caplans Schneiders in der Laurentiuskirche ist vom Minister des Innern nach eingehender Prüfung zurückgewiesen worden. Es ist anerkannt, daß die Polizeibeamten nur ihre Pflicht erfüllt und sich dem ihnen entgegengetretenden Widerstand gegenüber durchaus maßvoll benommen haben. Die Nothwendigkeit, unmittelbar nach beendigtem Gottesdienste und in der Kirche selbst zur Verhaftung des Caplans zu schreiten, ist lediglich durch das Verhalten des renitenten Geistlichen herbeigeführt, welcher sich nicht geschert hatte, die Kirche zum Schauplatz offenen Widerstandes gegen die Gesetze des Staates und die geselligen Anordnungen der Obrigkeit zu machen. — Auch die Schwurgerichts-Verhandlungen, welche mit der Verurtheilung von 3 theilhaftigen Personen geendigt, haben Beschwerden gegen die Polizei-Beamten nicht ergeben.

[Der Schluß des telegraph. gemeldeten Artikels der Nordd. A. Z.] lautet wie folgt:

„Die erstaunliche Annahme der römischen Curie, Landesgesetze, die ihr nicht concurren, für nichtig zu erklären und den katholischen Unterthanen St. Majestät, gegenüber den vom König publicirten Rechtsnormen, den Ungehorsam ins Gewissen zu stellen, weist auf gesetzgeberische Mäthe hin, durch welche verbunden würde, daß preussische Staatsbürger als Volksvertreter oder Beamte in die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates eingreifen, die den Befehlen einer auswärtigen Autorität als für sie maßgebend auch dann gehorchen, wenn dieselbe sich erklärt, Recht und Gesetz der Monarchie außer Kraft zu setzen.“

„Auch in England lenken die Gedanken der Staatsmänner, welche neben ihrer Königin eine öffentliche Gewalt des römischen Pontifex als concurrenden Souverain sich erheben sehen, auf die Herstellung der alten Eide hin.“

„Wir lassen dahingestellt, inwiefern die obige Betrachtung in den kommenden Ereignissen Widerlegung oder Bestätigung finden werde. Aber das Gefühl wird unsern Lesern nicht fremd geblieben sein, daß der Staat nicht unbethuligt und wehrlos dem Andrang seiner unversöhnlichen Widersacher preisgegeben ist.“

„Freilich, auch wenn unsre Wünsche vollständig, wie wir sie anzudeuten versucht haben, in Erfüllung gehen sollten, geben wir uns nicht der trügerischen Hoffnung hin, als würde dann den Unbeständen, unter denen unser öffentliches Leben zu leiden hat, in erschöpfender Weise abgeholfen sein.“

„Die Heilung ist nur von Innen heraus zu erwarten, von fortwährender Schulbildung und Erziehung der Bevölkerung in denjenigen Landesheilen, wo sie bis zur Stunde abhichtlich zurückgehalten worden ist, damit nicht ein zur Mündigkeit entwickeltes Volk sich der Leitung seiner bisherigen Oberen entziehen fühle. Aber die Zeit wird kommen, wo bei den Deutschen die

Geficht Gemeingut ist, daß kein Staat durch auswärtige Priester regiert werden kann.

„Erl dann wird diese Phase des Jahrhunderte alten Kampfes zwischen Königtum und Priestertum ihren Abschluß finden. Aber der Ausgang ist vorherzusehen. Mit Recht heißt der obwaltende Krieg des Staates gegen Rom der „Kulturkampf“. Das Königtum vertritt Volksbildung: das Priestertum geht daran zu Grunde.“

Reudsburg, 2. März. [Gegen den hiesigen Stadtrath Wille] war von der Schleswiger Regierung eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet, weil er das Programm der Landespartei unterschrieben hatte. In letzter Instanz ist nun Hr. Wille freigesprochen worden, ein Ausgang der leidigen Angelegenheit, den man im Interesse einer Versöhnung aller der neuen Entwicklung der Dinge noch grollend gegenüberstehenden Elemente nur freudig begrüßen kann.

Koblenz, 2. März. [Die hiesige „Volkszeitung“] meldet, gegen ihren verantwortlichen Redacteur sei wegen der Veröffentlichung der jüngsten päpstlichen Encyclica gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Dresden, 4. März. [Die hier tagende Generalversammlung] des Vereins deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften, in welcher von 23 dem Verein angehörige Gesellschaften 19 vertreten waren, hat außer einigen Abänderungen des gemeinsamen Kriegerversicherungsvertrages die Fassung übereinstimmender Policebedingungen sowie der Antrags- und Attestformulare festgestellt.

Darmstadt, 2. März. [Die rentirenden Pastoren.] Die „Hess. Volks-Zt.“ schreiben: „Bekanntlich hatte in unserem Lande eine größere Anzahl lutherischer Geistlicher gegen die neue Verfassung der evangelischen Landeskirche seiner Zeit Protest erhoben und Miene gemacht, sich der Durchführung derselben zu widersetzen. Gegenüber der Energie, welche das Ober-Conseilium indeß an den Tag legte, schmolz die Schaar der offen feindlichen Bekennenden immer mehr zusammen, und als es zur Wahl der Gemeinde-Vertretungen kam, betrug die Zahl der „Rentirenden“ nur noch 15, von welchen indeß bereits wieder drei, bezw. vier, einen anderen Wirkungskreis gefunden haben und aus der Landeskirche ausgetreten sind. (Pfarrer Müller in Fürstenaue, Pfarrer Ebel, früher in Steinfurt, dormalen in Schlesien, sowie Pfarrer Meyer, früher in Güttersbach, bezw. Michelstadt. Pfarrverwalter Lucius in Usenborn wurde einfach von der Liste der Candidaten für das geistliche Amt gestrichen.) Die übrigen „rentirenden“ Pfarrer, sämmtlich auf standesherrlichen Patronatsstellen, sind dormalen vom Dienst und Gehalt suspendirt und werden voraussichtlich, sobald der Synodal-Ausschuß gebildet sein wird, was in wenigen Wochen der Fall sein dürfte, den Bestimmungen der neuen Kirchen-Verfassung gemäß abgesetzt werden.“

München, 2. März. [Eine Aeußerung König Ludwig's.] Die „Neue Freie Presse“ läßt sich von hier schreiben: „Der Nuntius Bianchi in München soll sich neulich über die Demonstration der bairischen Stabs-Officiere, welche wie auf Commando alleamt von seinem Empfange fortblieben, so energisch bei der convertirten Königin-Mutter von Baiern beschwert haben, daß die Letztere nicht umhin konnte, die Klage des päpstlichen Dignitäts ihrem Sohne dem König Ludwig mitzutheilen. Zugleich wurde dem jungen Monarchen damit gedroht, daß Monsignore Bianchi über diese Beleidigung nach Rom berichten werde. Da aber König Ludwig, der „Kaiser Tagespost“ zufolge, sehr ruhig entgegnet haben: „Daß habe ich von meinen Offizieren nicht anders erwartet, und ich bin überzeugt, daß wie sie auch jeder meiner braven Soldaten gehandelt haben würde.“ Ob wohl die Schwarzen am Sparfande diesen königlichen Wink ad notam nehmen werden?

Karlsruhe, 2. März. [In Aussicht stehender Antrag.] Wie verlautet, so schreibt man dem „Fr. Z.“, werden bei der nächsten Landtagsession hervorragende Kammermitglieder die Regierung auffordern, wegen des fortgesetzten negativen Verhaltens des Domcapitels zu Freiburg in Betreff der Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhls den bairischen Theil des Erzbisthums dem altkatholischen Bischof Dr. Reinkens mit dem Sitz in Bruchsal zu übertragen.

Weg, 2. März. [Der Herausgeber der „Neuer Ztg.“] Lang, ist dieser Tage vom hiesigen Zuchtpolizeigerichte zu einer Geldstrafe von 20 Thlrn. verurtheilt wegen des im Juli v. J. erfolgten Abdruckes eines Artikels aus dem inzwischen eingegangenen „Niederhein. Courier“ über das Verfahren bei dem früheren hiesigen Handelsgerichte.

Schweiz.

Zürich, 1. März. [Die Bundesgesetze über die Stimmberechtigung und über Civilstand und Ehe. — Militär-schulen. — Eisenbahnfrachtverkehr. — Zur Unterstützung Schiffbrüchiger. — Zur Luzerner Verfassung. — Aus Kirche und Schule. — Siegrist's.] Die Befürchtung, daß die Bundesgesetze über die Stimmberechtigung und über Civilstand und Ehe nicht so glatt und unangefochten durchgehen würden, scheint sich zu erfüllen. Sie sind den Conservativen und Ultramontanen viel zu liberal. Es mag also wohl zu der höchst kostspieligen und schwerfälligen Volksabstimmung kommen. Der jetzt ultramontan angelaufene Kanton Tessin wird zu den 7/8 katholischen Kantonen noch eine Stimme hinzufügen; 8 Kantone sind bloß erforderlich, um die Volksabstimmung zu verlangen. Zum Ueberflus treten nun 12 Conservativen der vier großen Schweizerstädte mit einem Aufruf zur Stimmenammlung hervor; 30,000 Bürger können die Volksabstimmung begehren. Die 12 Herren finden im Stimmrecht der Aufenthalt eine Gefahr für das Gemeinde- und Staatsleben und im Ehegesetze eine Ueberschreitung der Bundesbefugnisse. Die Kantonsli-Souveränität ist in Gefahr! — Da die Schweizer auch und erst recht ein „Volk in Waffen“ sind, so werden in diesem Jahre etwa 100 Militärschulen aller Waffen abgehalten. — Ueber das internationale Recht des Eisenbahnfrachtverkehrs läßt der Bundesrath einen Entwurf ausarbeiten, um ihn den auswärtigen Regierungen vorzulegen. — Die französischen Staatsmänner fangen an zu begreifen, daß ihr Land ohne empfindlichen Schaden an Wohlstand und Ehre sich von dem großen internationalen Postvertrag nicht ausschließen kann; es ist in diesem Sinne officiöse Nachrichten nach Bern gelangt. In Folge des Beitritts würde Frankreich auch wohl seine innere Postreform vollziehen und die hohen Taren, sowie das 10-Gramm-Gewicht abthun. — In Zürich hat sich ein Zweigverein der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gebildet und stellt schöne Beiträge zur Verfügung. Die Gesellschafter von Zürich, Glarus und Appenzel A. A. haben das Begräbniswesen confessions- und vorurtheilslos geordnet. — Die von Johann Ballhorn verbesserte Luzerner Verfassung ist gestern von 13,108 Stimmen angenommen und von 5022 verworfen worden; in der Stadt Luzern waren 1075 Verwerfende und 696 Annahmende; das Landvolk hat auf Geheiß seiner geistlichen Treiber wieder gestimmt. — Der Landrath von Uri hat es doch nothwendig gefunden, das tief daneben liegende Schulwesen etwas zu heben. Man muß aber abwarten, ob das souveräne Volk nicht vielleicht findet, daß es nun allzu flug werde. — Die Geistlichkeit wird ihm das schon klar machen. — Die beiden Regierungen von Unterwalden haben beschlossen, im Verein mit andern katholischen Kantonsregierungen die Regierungen von Bern und Genf freund-eigenösslich um rücksichtsvollere Behandlung der katholischen Be-

völkerung und um Herstellung von Frieden und Eintracht zu ersuchen. Sie begreifen nicht, daß diese liberalen Regierungen sich im Zustand der Nothwehr befinden, übrigens nicht gegen die Bevölkerung, sondern gegen die rebellischen Pfaffen Krieg führen, weil diese allein Frieden und Eintracht stören. — Die Berner haben gestern auch große Abstimmung gehabt und sich brav gehalten; das vierjährige Budget und die Eisenbahnsabventionen sind mit 37—38,000 gegen 23—24,000 Stimmen angenommen worden. — Die Neukatholiken in Bern haben sich als eigene religiöse Genossenschaft constituirt und erheben Proceß über das Eigenthumsrecht an der katholischen Kirche; da die Alt-katholiken diese befehlen werden, so wird der römische Gottesdienst theils im Pfarrhaus, theils im großen Museumsaal stattfinden. Professor Friedrich, der sich in aufreizender Weise zwischen Bern und München theilen mußte, wird doch der katholischen Fakultät von Bern seine Dienste weiter widmen. Kürzlich hielt er einen Vortrag über die Goldquellen der Päpste und zeichnete dabei eine der Hauptlebens-schaften und Todsünden der Päpste, die Habgier, die sich ihre Befriedigung durch weltliche und geistliche Mittel zu verschaffen weiß. Unter den letzteren treten die Heiligsprechungen auf, von denen die eines Franziskaner-Mönches vor wenigen Jahren 20,000 Fl. kostete. Der bairische Provinzial des Ordens hielt an seine Brüder einen Vortrag darüber, den er mit den Worten schloß: „Brüder, jeder von euch sei möglichst fromm, doch werde keiner von euch heilig, denn das kostet zu viel und könnte unsern Orden ruiniren!“ Ja wohl: „Rom schließt den Himmel nur dem auf, der bezahlen kann“, so sagt schon ein altes deutsches Wort. — Die Einwohnergemeinde Olten wählte zum Caplan und Bezirkslehrer einstimmig den Dr. Bader, altkatholischen Pfarrer zu Nied in Oesterreich, welcher über seine Gymnasial- und theologischen Studien, sowie über seine Wirksamkeit in mehreren Gemeinden sehr günstige Zeugnisse befiel. — Der Director der Erziehungsanstalt zu Grenchen bei Solothurn hat den Sohn eines Züricher Juden „aus Gewissenhaftigkeit und Toleranz“ abgewiesen. Curiose Toleranz, diese Intoleranz! Vermuthlich will er gegen seine christlichen Schülern tolerant sein, indem er sie vor jüdischer Ansteckung bewahrt. — Das neugewählte Comité der Notre-Dame-Kirche in Genf will den römischen Katholiken die weitere Benutzung überlassen und behält den Alt-katholiken einweilen nur das Recht vor, in der Kirche Tausen, Trauungen und Begräbnisse abzuhalten. Die Gesamtheit der katholischen Bürger der Stadt Genf wird als Eigenthümerin der Kirche anerkannt. Von allen der Kirche angehörigen Mobilien soll ein Inventar aufgenommen werden. Der gegenwärtige Rector der Kirche hat dem Comité die Namen aller Priester mitzutheilen, welche religiöse Aemter in der Kirche bekleiden. Wenn die Aufführung oder die Predigten dieser Geistlichen zu Klagen Anlaß geben, behält sich das Comité die geeigneten Maßregeln vor. Eine solche Schaverei und Unterdrückung der Gewissensfreiheit können sich die zartfühlenden Römlinge nicht gefallen lassen; der Rector der Kirche, Dunoyer, hat dem Comité geantwortet, er anerkenne nur den römischen Klerus als Eigenthümer der Kirche und könne deshalb die gemachten Vorschläge nicht annehmen. Diesem non possumus wird ein kräftiges: Ihr müßt, ein Ende machen. — Höchst seltsam ist, daß die siegreichen Tessiner Ultramontanen für die Eröffnung ihres Großen Rathes vom Bundesrath die Anwesenheit eidgenössischer Commissare begehren, um einem möglichen Volksaufstande zu begegnen! Sie haben offenbar ein schlechtes Gewissen wegen des Lugs und Trugs, mit dem sie das Volk auf ihre Seite gebracht. Aber naiv ist das Ding doch über alle Maßen. — Der in Arauc gestorbene Oberst Zimmerli war 1792 geboren, trat 1810 in das dritte französische Schweizerregiment als Gemeiner und machte 1812 als Lieutenant den russischen Feldzug mit, wo er sich in mehreren Schlachten, auch an der Berezina, auszeichnete und die Ehrenlegion erlangte. Von 1815—25 stand er in niederländischen Diensten, war dann 10 Jahre lang Oberinstructor der Infanterie im Aargau und von 1835—50 Militär-Instructor des Cantons Bern. Von 1850—71 entwickelte er in militärischen und bürgerlichen Aemtern seines Heimaths-Cantons eine verdienstvolle Thätigkeit. — Zu Ruswyl, Canton Luzern, ist der Pfarrer, Decan und päpstliche Kammerer Sigrift gestorben. Er war noch ein Jüngling Pestalozzi's und arbeitete neben ihm als Hülflehrer an der Erziehungsanstalt zu Yverdon. Sein ganzes Priesterleben zierten werth-thätige Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Duldsamkeit; er achtete und ehrte jeden Mitmenschen, ohne Rücksicht auf sein Glaubensbekenntnis. Die alten würdigen Diener des Evangeliums sterben leider aus und wir behalten den ungenießbaren jungen Jesuitenschnud.

Spanien.

Madrid, 24. Febr. [Empfang des deutschen Botschafters beim Könige.] Gestern Nachmittag haben die Vertreter Belgiens und Deutschlands dem Könige ihre Beglaubigungsschreiben überreicht. Der deutsche Gesandte, Graf Hasfeld, richtete an den König folgende Ansprache:

Sire! Der Kaiser, mein erhabener Souverain, dessen Wunsch stets die Wiederherstellung der Monarchie in Spanien gewesen ist, hat mit lebhafter Befriedigung den Brief empfangen, durch welchen Ew. Majestät geruht haben, ihm Ihre Thronbesteigung anzukündigen. Die bei diesem Anlasse von Ew. Majestät kundgegebenen hochherzigen Absichten, mit den alten und ruhmreichen Traditionen Spaniens die Aufrechterhaltung der politischen Freiheiten der Nation zu vereinigen sind von meinem erhabenen Souverain als eine werthvolle Bürgschaft aufgenommen worden, daß Ew. Majestät unter Gottes Beistand in dem Unternehmen, Ihrem Vaterlande den Frieden und die Wohlfahrt zu bringen, einen glücklichen Erfolg erzielen werden.

Indem der Kaiser mir die schmeichelhafte Sendung anvertraute, ihn bei Ew. Majestät zu vertreten, geruhte er mir aufzutragen, Ihnen die aufrichtige Theilnahme auszusprechen, welche er an Ihrem Ruhm und an dem Glücke Ihrer Unterthanen nimmt, und nichts zu unterlassen, um die Bande der Freundschaft, welche seit langer Zeit Deutschland und Spanien vereinigen, zu erhalten und fester zu knüpfen. Diesem Zwecke werde ich alle meine Kräfte weihen, und ich würde mich glücklich schätzen, wenn Ew. Majestät geruhen wollten, mir diese Aufgabe zu erleichtern, indem Sie mir Ihr hohes Wohlwollen und den Beistand Ihrer Regierung zuwenden.

Ich habe die Ehre, Sire, Ew. Majestät die Antwort des Kaisers auf den Brief, den Sie geruht haben, an ihn zu richten, so wie das kaiserliche Schreiben, welches mich bei Ew. Majestät in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des Deutschen Reiches beglaubigt, einzuhändigen.

Der König ertheilte auf diese Ansprache folgende Antwort:

Herr Minister! Sehr angenehm ist es mir, durch Ihre Worte die schon lange von mir gehegte Ueberzeugung bestätigt zu sehen, daß Ihr erhabener Souverain mit Befriedigung die Nachricht von meiner Thronbesteigung entgegennehmen und der Aufrichtigkeit meiner Absichten, unter Gottes Beistand meinem geliebten Vaterlande den so ersehnten Frieden und die Wohlfahrt wiederzugeben, Gerechtigkeits widerfahren lassen würde.

Ich ernehme gleichfalls mit lebhaftem Vergnügen die Theilnahme, welche Ew. Majestät mir beweiht, sowie den edlen Voratz, welcher ihn leitet, indem er Ihnen den Austrag ertheilt, darauf hinzuwirken, daß die seit lange bestehenden Freundschaftsbände zwischen Spanien und Deutschland erhalten und fester geknüpft werden, eine Absicht, welche dem von mir gehegten, beständigen und aufrichtigen Wunsche so sehr entspricht.

Ich bitte Sie, Sr. Majestät diese Empfindungen kundzugeben, sowie auch den Ausdruck der Wünsche, welche ich für sein Wohlergehen und für die Wohlfahrt der großen Nation hege, deren Geschicke ich mir anvertraut sind, und seien Sie versichert, daß Sie zur leichteren Ausführung Ihres ehrenvollen Auftrages bei mir und meiner Regierung stets die wohlwollende Aufnahme und die getreue Mitwirkung finden werden, welche Ihre hervorragenden Eigenschaften und das von Ihrem Souverain in Sie gesetzte Vertrauen verdienen.

Mit Vergnügen nehme ich daher die Antwort Sr. Majestät auf den von mir an ihn gerichteten Brief, sowie das Schreiben entgegen, welches Sie an meinem Hofe als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches beglaubigt.

Provincial-Beitung.

Breslau, 3. März. [Schwurgericht: Wissenschaftlicher Meineid.] Wiederum sind zwei Personen, die unberechteste Anna Tambor und die berechtete Ernestine Langer, geb. Wiedner, aus Fürstenaue des Verbrechens des wissenschaftlichen Meineides vor den Geschworenen angeklagt. Die Verhandlung ergab folgendes, dem Spruch der Geschworenen zur Grundlage dienenden Sachverhalt: Im October 1872 hatte der Schnebergeselle Franz Rauprich zu Fürstenaue wider den Maurer Franz Langer zu Gudelshausen bei dem königl. Kreisgericht zu Striegau wegen Injurien geklagt und behauptet, daß Langer ihn am 22. September 1872 auf der Dorfstraße zu Fürstenaue injuriirt und ihn wiederholt mit der Faust an das Ohr und mit einem Rohrstod über die linke Schulter geschlagen habe. Es wurden nun am 2. December 1872 von dem Gerichts-Commissarius zu Fürstenaue mehrere Zeugen, darunter die beiden Angeklagten vernommen. Die Tambor hatte unter Verneinung sämtlicher Glaubwürdigkeitsfragen zur Sache etwa Folgendes ausgesagt: Eines Sonntags Abends im September d. J. stand ich mit dem Verklagten und der Ernestine Wiedner zusammen auf der hiesigen Dorfstraße. Der Verklagte erzählte uns dabei, er habe einmal mit einem lahmen Knecht zusammengebeutelt, den sie immer Graf von Hinkenstein genannt hätten. In diesem Augenblick ging der ebenfalls lahme Kläger an uns vorüber, hörte diese Worte des Verklagten und dachte, er sei damit gemeint. Er trat in Folge dessen an uns heran und sagte: „Langer, was haben Sie denn mit mir?“ nebst einem derben Schimpfwort. Langer erwiderte nur: „Was wollen Sie denn eigentlich von mir“, worauf der Andere mit einem noch derberem Schimpfwort sich entfernte. Langer dagegen blieb ruhig bei uns stehen. Geschlagen hat er den Kläger gar nicht. Dies kann ich bezeugen.

Die damals noch unberechteste Ernestine Wiedner hat ebenfalls die Generalfragen verneint und zur Sache erklärt, sie könne nichts anderes als die eben vernommene Anna Tambor sagen, sie mache deren Aussage zu der ihrigen und habe derselben Nichts hinzugefügt. Vorher war derselben die Aussage der Wiedner laut und deutlich vorgelesen; demnach wurden beide bereinigt und unterschrieben das Protokoll. Beide Zeugnisse sind nach der Anlage wissenschaftlich falsch abgegeben worden. Zunächst hatte Langer bei der am 29. September 1872 vor dem Schiedsmann Rindler zu Neuhoß zwischen den Parteien stattgefundenen Verhandlung ausdrücklich zugegeben, den Rauprich geschimpft zu haben. Er war auch bereit, sich zu vergleichen, fand indeß als Rauprich die Zahlung von 5 Thlr. an die Armenkasse verlangte, diesen Betrag zu hoch. Es ist aber auch der Schnebergeselle Spielvogel Ohren- und Augenzeuge gewesen, wie Langer am 22. September 1872 auf der Fürstenaue Dorfstraße mit den Mägden Tambor und Wiedner zusammenstehend, auf den herankommenden lahmen Rauprich zeigte und sagte: „Seht, da kommt der Graf von Hinkenstein“, sodann aber, als Rauprich mit einem Schimpfwort erwiderte, diesem ein paar Orieigen versetzte und mit einem Rohrstod über die Schulter schlug, sowie den Hut vom Kopfe warf. Der Knecht kleiner hat in einer Entfernung von 20 Schritten gesehen, daß Langer dem Rauprich den Hut vom Kopfe schlug und, als Rauprich sich bückte, ihm einen Hieb mit einem Stode über die Schulter versetzte. Es haben ferner drei Zeugen bezeugt, daß ihnen die Tambor Ende September 1872 erzählt hat, daß sie gesehen, wie Langer den Rauprich an jenem Abend geschlagen hat. Einem der Zeugen hat sie ferner erzählt, daß sie auch gehört habe, daß Langer den Rauprich geschimpft, einem andern, daß er gesagt habe, „da kommt der Graf von Hinkenstein.“ Genso hat die jetzt mit dem damaligen Verklagten verheiratete Angeklagte Langer sich durch Erzählung an einen Zeugen verrathen. Langer wurde, nachdem in erster Instanz der Kläger abgewiesen war, in der Appellinstanz wegen Beleidigung des Rauprich zu 5 Thlr. Geld, event. 3 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt, dagegen mit seiner gegen Rauprich angestellten Widerklage wegen angeblicher Beleidigung abgewiesen. Nach diesen Ermittlungen hielt es der Staatsanwalt Herr Assessor Dr. Schaffer für ungewisshaft, daß beide Angeklagte schuldig seien; die Vertheidiger plädirt für Annahme des schuldig-falschen Eides, weil die Zeuginnen nicht gesagt hätten: Wir haben nicht gesehen, daß Langer geschlagen habe, sondern: Langer hat nicht geschlagen; denn es sei nicht bewiesen, daß sie es gesehen hätten. Die Geschworenen sprachen beide schuldig. Sie wurden zu je 1 Jahr Zuchthaus und in die Nebenstrafen verurtheilt.

Breslau, 5. März. [Universitätsbrücke.] Der „kurze und lange Dierbrücke“, wie sie bisher genannt zu werden pflegte, ist jetzt die Benennung „Universitätsbrücke“ beigelegt worden.

„Aus Hermsdorf u. R.“ schreibt man uns unterm 4. März: „Obgleich die Schlittenbahn im Thal durch den, einige Tage stattgehabten Sonnenschein theilweise vernichtet worden, so ist dagegen dieselbe nach der Petersbaude und dem Kynast jetzt erst recht fest und gut geworden; im Laufe dieser Woche wurden die Rutschpartien so wohl auf den Kynast und nach der Petersbaude stark frequentirt, unter den Besuchern, waren Breslauer, Berliner, Görlitzer und Laubaner Gäste, auch Hirschberg und Umgegend stellte vielen Besuch. Heut früh 10 Gr. unter 0.“

Glogau, 4. März. [Zur Tageschronik.] Heute begeht Herr Oberstaatsanwalt Umede sein 25jähriges Jubiläum als Oberstaatsanwalt beim hiesigen Appellations-Gericht. Seiner vorzüglichen Eigenschaften wegen erfreut sich Herr Umede der Achtung und Verehrung aller Kreise der Einwohner dieser hiesigen Stadt. Man bedauert allgemein, daß der berechtete Jubilar eine jede öffentliche Feier des Tages auf das Entschiedenste sich verbeeten hat. Die Staatsanwälte im Bezirke des hiesigen Appellationsgerichts wollten jedoch die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne ihrem Chef ihre Verehrung erkennen zu geben. Sie liehen ihm einen prächtigen, aus Silber massiv gearbeiteten Tafelaufsatz, gearbeitet von dem hiesigen Goldarbeiter Baumann, überreichen. Am Fuße des Aufsatzes befindet sich auf einem Schilde folgende Widmung: „Ihren verehrten Chef, dem Herrn Oberstaatsanwalt Umede. Die Staatsanwälte seines Bezirkes, Groß, Heinde, v. Malomaski, Hoffmann, Neumann, Simon, Stein.“

Glogau, 4. März 1875. — Der baderländische Frauen-Verein veranstaltete in der vorigen Woche im Stadttheater eine Dilettanten-Vorstellung zum Besten des hier zu errichtenden Krieger-Denkmal und erzielte mit derselben eine Brutto-Einnahme von 376 Thaler. Von dieser Summe sind bereits 300 Thaler an den Schatzmeister des Comité's zur Errichtung eines Kriegerdenkmals abgeliefert worden. — Die Angelegenheit, betreffend die Concurs-Eröffnung des Nieder-schlesischen Raffen-Vereins in Grünberg liegt nunmehr dem hiesigen königl. Appellations-Gericht zur Entscheidung vor. Der ablehende Bescheid des Grünberger Kreisgerichts wurde am 26. Februar dem hiesigen Mandatar der beschwerdeführenden Gläubiger zugestellt und schon am folgenden Tage zeigte derselbe dem Appellationsgericht an, daß er binnen der geführten 10tägigen Frist die Beschwerde einreichen werde, zu deren Begründung er jedoch Einsicht in die Acten, welche die Aussagen der vernommenen Zeugen enthalten, haben müsse. Das Appellationsgericht hat diesem Ersuchen Folge gegeben und das königliche Kreis-Gericht in Grünberg angewiesen, die betreffenden Acten unverzüglich hierher zu senden.

Landeshut, 4. März. [Männerturnverein. — Todesfall.] Am Montag, den 1. März hielt der hiesige Männerturnverein im Gasthof zu den drei Kronen eine außerordentliche Versammlung beaufh Wahlen ab. Zu Vertretern bei dem Kreisturntage in Breslau wurde Herr Conrector Höger, bei dem Ganturntage in Hirschberg die Herren Conrector Höger und Kreisgerichtsrath Thieremin und zu Stellvertretern Lehrer Meißner und Färber Klenner gewählt. Die Revision der Ganturnrechnungen übernahmen die Herren Semper und Bantagel Riedel. — In der Nacht vom 3. zum 4. März starb plötzlich am Schlag ein allgemein geachteter Mann unserer Stadt, Herr Commerzienrath Methner, Vorsteher der Handelskammer und Chef der Firma Gebr. Methner. Tags zuvor hatte der Verbliebene noch eine Spazierfahrt gemacht, und den Abend vor seinem Tode noch wohl und munter zu Abend gespeist.

D. Frankenstein, 3. März. [Wahlagitationen.] Die Ultramontanen und Neconserbativen überhieten sich bei der bevorstehenden Eröffnung eines Landtagsabgeordneten in ihren Agitationen. Während erstere durch Flugblätter und andere Belegungen die Wahlmänner am Wahltag zu einer Vorversammlung nach hiesigem Orte einladen, haben dieselben ganz vergessen, daß die Wahl am 5. d. Mts. zu Münsterberg stattfinden wird. Die Neconserbativen, welche in beiden Kreisen nur über 3 bis 4 Distrikte gebieten, haben nach am letzten Tage einen Candidaten für ihre Partei aufgestellt und sich dadurch von der reichsfreundlichen Partei getrennt. Dieselben scheinen der Ansicht zu sein, mit ihrem Candidaten, einem Katholiken, einige Ultramontane zu gewinnen. Dieses zwecklose, fast rathselhafte Vorgehen der kleinen Partei ist um so unerklärlicher, da diese wissen, daß die Candidatur des Dr. Zucker zu Krieg durch die reichsfreundliche Partei be-

reißt vor 4 Wochen festgestellt worden ist. Die neue Partei ist ferner im
Zerfall, wenn sie auf andere rechnet, da weder Ultramontane, noch weniger
aber die Reichsfreunde für sie wirken und stimmen werden. Von letzteren
ist dem neuangestellten Candidaten die Sache rechtzeitig mitgeteilt worden.

Berliner Börse vom 4. März 1875.

Wechsel-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3/4 175,75 bz	Divid. pro 1873	1874
do. do. 2 M. 3/4	174,50 bz	Aachen-Mastricht	1 1/2
Augsburg 100 Fl.	2 M. 4 170 G	Berg-Märkische	3 1/2
Frankfurt 100 M.	2 M. 4 170 G	Berlin-Anhalt	16
Leipzig 100 Tl.	8 T. 3/4 20,38 bz	do. Dresden	5 1/2
London 100 £.	8 T. 3/4 81,65 bz	Berlin-Görlitz	18
Paris 100 Fr.	8 T. 3/4 81,65 bz	Berlin-Hamburg	18
Petersburg 100 R.	8 T. 3/4 280,45 bz	Berlin-Magdeburg	18
Warschau 100 R.	8 T. 3/4 283,70 bz	Berlin-Stettin	18
Wien 100 Fl.	8 T. 3/4 182,70 bz	Böhm. Westbahn	5 1/2
do. do. 2 M. 4 181,70 bz		Breslau-Freib.	5 1/2

Fonds- und Geld-Course.	
Freiw. Staats-Anleihe 4 1/2	105,70 bz
Staats-Anl. 4 1/2	105,70 bz
do. 4 1/2	105,70 bz
Staats-Schatzsch. 3 1/2	91,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	105,40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	101,70 B
Berliner Hypothek.	101,70 B
Pommersche	94,90 bz
Schlesische	86,70 B
Kur-u. Neumärk.	97,25 bz
Pommersche	97,25 bz
Schlesische	97,25 B
Preussische	97,25 B
Westfäl. u. Rheinl.	98 bz
Sächsische	97,40 bz
Schlesische	97,40 B
Badische Präm.-Anl.	120,50 bz
Baierische 4 1/2 Anleihe	121,25 bz
Österr.-Ung. Präm.-Anl.	107,80 bz

Kurh. 40 Thlr.-Loose 239 B	
Badische 35 Fl.-Loose 124,50 B	
Braunschw. Präm.-Anleihe 74,30 B	
Oldenburg. Loose 131,90 bz	
Louisd. — d. —	Fremd. Bkn. 99,80 bz
Ducaten —	Oest. Bkn. 182,95 bz
Sover. 20,46 G	do. Silberd. 193 etbz
Napoleons 16,31 bG	do. Gold. 191,50 bz
Imperial 16,75 bz	Russ. Bkn. 283,45 bz
Dollars 4,19 G	

Hypotheken-Certificat.	
Krupp'sche Pfand-Obl.	102,90 bz
Unk. Pf. d. Pr. Hyp.	100,50 bz
Deutsche Hyp.-Bk. Pf.	95,75 bz
Kündn. Cent.-Bod. Cr.	100,50 bz
Unkünd. do. (1872)	102,50 bz
do. rückbz. 110/5	107,25 bz
do. do. 4 1/2	99,60 bz
Unk. H. d. Pr. d. Crd.-B.	103,10 bz
do. III. Em. do.	101 bz
Kündn. Hyp.-Schuld. do.	101 bz
Hyp. Anst. Nord.-Bk. do.	101,50 bz
Pomm. Hypothek. Briefe	186 B
Goth. Präm. Pf. I. Em.	109,40 bz
do. II. Em. do.	105,50 bz
do. 5 1/2 Pf. rückbz. 110/5	103,90 bz
do. 4 1/2 do. do. 110/4	97,40 bz
Meininger Präm.-Pf. d.	103,50 bz
Oest. Silberpfandbr. 5 1/2	66 G
do. Hyp. Crd. Pfandbr. 5	65,25 G
Pf. d. Oest. Bd. Cr.-G.	88 G
Schles. Bodencr. Pfandbr.	109,50 bz
do. do. 4 1/2	94,90 bz
Sied. Bod.-Crd. Pfandbr.	100 G
Wiener Silberpfandbr.	65 bz

Ausländische Fonds.	
Oest. Silberrente	69,60 etbz
do. Papierrente	65,30 bz
do. 5 1/2 Präm.-Anl. d.	113,80 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	117,70 bz
do. Credit-Loose	358,25 bz
do. 6 1/2 Loose	358,25 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64 . . .	173,25 bz
do. do. 1866	173,25 bz
do. Bod.-Crd. Pfandbr. 5	92,30 bz
Russ. Pol. Schatz.-Obl. d.	89,50 G
Poln. Pfandbr. III. Em. d.	84,50 G
Poln. Liquid. Pfandbr. d.	76,60 G
Amerik. rückz. p. 1881	103,70 G
do. do. p. 1885	102,30 bz
do. 5 1/2 Anleihe	99,20 etbz
Frankosische Rente	104 G
Ital. neue 5 1/2 Anleihe	71,20 bz
Ital. Tabak-Oblig.	99,90 bz
Russ. Gravier 100 Thlr. d.	84,50 G
Rumänische Anleihe	103,30 G
Türkische Anleihe	43,40 bz
Ung. 5 1/2 St.-Eisenb.-Anl.	75,40 etbz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	39,40 bz
Finnische 10 Thlr.-Loose	39,40 bz
Türk.-Loose 101,50 G	

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berg-Märk. Serie II.	84,50 G
do. III. St. 4 1/2	93,25 bz
do. Hess. Nordbahn 5	102,30 G
Berlin-Görlitz	104,25 G
do.	104,25 G
Breslau-Freib. Litt. D. 4 1/2	97,50 bz
do. do. G. 4 1/2	97,50 bz
do. do. H. 4 1/2	97,50 bz
do. do. J. 4 1/2	97,50 bz
Göln-Minden	93 bz
do.	93,75 bz
do.	93,75 bz
do.	93,75 bz
Halle-Sorau-Guben	94 G
Hannover-Altenbeken 4 1/2	94 G
Märkisch-Posen	98 B
N.-M. Staatsb. I. Ser. d.	98 B
do. do. II. Ser. d.	98 B
do. do. Obl. II. Ser. d.	98 B
do. do. III. Ser. d.	97,25 G
Oberschles. A.	97,25 G
do. B.	97,25 G
do. C.	97,25 G
do. D.	97,25 G
do. E.	84,50 G
do. F.	101 B
do. G.	100 G
do. H.	101,75 B
do.	103,90 bz
do. von 1873	98,75 bz
do. von 1874	98,75 bz
do. Brieg-Neisse	98,75 G
do. Cosel-Oderb.	98,75 G
do. Stargard-Posen	98,75 G
do. do. II. Em. 4 1/2	98,75 G
do. do. III. Em. 4 1/2	98,75 G
do. Niederschl. Zwgb. 3 1/2	103,50 G
Ostpreuss. Südbahn	99 G
Schlesw. Eisenbahn	99 G

Industrie-Papiere.	
Baugess. Plessner	1,10 bz
Berl.-Eisenb.-Bd. A. 6 1/2	145 bz
D. Eisenbahn-G. 6 1/2	26,20 bz
do. Reichs-u. Co. E. 8	84,90 G
Märk. Schl. Masch. G. 8	27 B
Nord. Papierfabr. G. 8	43,75 G
Westend. Com. G. 8	20 B
Pr. Hyp. Vers.-Act. 17 1/2	127,50 bz
Schl. Feuervers. 18	569 B
Donnersmarckhütte	38 G
Dortm. Union	23,10 bz
Königs-u. Laurahütte	107,75 bz
Lauchhammer	50 B
Marienhütte	68 bz
Minerva	40 G
Moritzhütte	40 G
Oschl. Eisenwerk.	23 B
Redenhütte	23 bz
Schl. Kohlenwerk.	43 B
Schles. Zinkh. Act. 8	93 bz
do. St.-Pr. Act. 8	96 bz
Tarnowitz. Bergb. 16	67,50 G
Vorwärts-Hütte	35 B
Baltische Lloyd	28,90 G
Bresl. Bierbrauer. 9	24 G
Bresl. E.-Wag. 3 1/2	49 bz
do. v. Oelb. 3 1/2	56,25 G
Erdm. Spinnere. 7	49,75 etbz
Görlitz. Eisenb.-B. 5 1/2	42,10 B
Hoffm's Wag.-Fab. 5 1/2	30,90 G
Oschl. Eisenb.-B. 5 1/2	49 bz
Schles. Leinwand. 9	86 bz
S. Act.-Br. (Scholtz) 7	27,25 B
do. Porzellan. 7	27 G
Schl. Tuchfabrik. 0	3 B
do. Wagen-Anst. 0	3,50 G
Schl. Wollw.-Fabr. 0	22 G
Wilhelms-Hütte 10	40 G

* **Laurahütte, 4. März.** [Kohlen-Auction] Bei der heute auf
Kanngrube stattgehabten Kohlen-Auction von 54000 St. Steinkohlen haben
die Herren Gebr. Ollendorf in Kattowitz und Gebr. Steinig in Laurahütte
als Meistbietende den Zuschlag erhalten.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 4. März. Der Kaiser hat das Verbot der Ausfuhr von
Pferden über die Grenzen Deutschlands vollzogen.

Paris, 3. März. (Telegramm der „Agence Havas“.) Heute
Nachmittag hat eine neue Unterredung zwischen dem Marschall-Präsi-
denten und dem Präsidenten Buffet und darauf eine Zusammenkunft
Buffet's und Dufaure's stattgefunden. Letztere soll, gutem Vernehmen
nach, ein befriedigendes Resultat ergeben haben und wäre eine fast
vollständige Einigung erzielt worden. Die neue Ministerliste ist indessen
bis jetzt noch nicht festgestellt.

Paris, 4. März, Abends. Die Nationalversammlung war ohne
Zwischenfall. Zwischen Buffet und Dufaure ist der „Agence Havas“
zufolge über das Programm der Zusammenkunft des künftigen Mi-
nisteriums noch kein vollständiges Einverständnis erzielt.

London, 4. März. Die Anglo-Egyptische Bankgesellschaft ver-
öffentlicht eine Erklärung, wonach sie von der ägyptischen Regierung
ermächtigt ist, die Nachricht, daß über die Aufnahme einer neuen ägypti-
schen Anleihe von 15 Millionen Pfund Sterling Verhandlungen statt-
fänden, als durchaus unbegründet zu bezeichnen. — Erzbischof Man-
ning hat von der päpstlichen Curie die Aufforderung erhalten, sich in
Rom einzufinden und seine Abreise dorthin auf morgen festgesetzt.

London, 4. März. Der Dampfer „Princeß“ beladen mit Mais,
ist gestern auf der Fahrt von Antwerpen nach hier untergegangen.
Von der Mannschaft haben 7 Personen den Tod in den Wellen ge-
funden, 10 wurden gerettet.

Kopenhagen, 4. März. Die Berliner Posten vom 27. und 28.
Februar und vom 1. März sind jetzt hier eingetroffen. Die Passage
über den großen Belt ist noch beschwerlich.

Washington, 3. März. Das Repräsentantenhaus nahm die Bill
an, durch welche das Territorium Colorado als Staat zum Congresse
zugelassen wird. Der beantragte Eintritt des Territoriums Neu-
Mexiko als Staat in den Congreß wurde abgelehnt.

Montevideo, 1. März. Bei den in Buenos-Ayres gegen den
Clerus gerichteten Kundgebungen ist es zu Unruhestörungen gekommen,
bei denen die Missionshäuser der Jesuiten in Brand gesteckt und der
Palast des Erzbischofs geplündert wurde.

(E. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Wien, 4. März. Die Besizer von Actien Lit. B. der Nordwestbahn
werden aus dem Baufond den einer dreimonatlichen Zeitperiode entsprechen-
den Zinsbetrag von 2 1/2 fl. erhalten.

Berlin, 4. März. Nach der belanglosen Reprise der beiden letzten
Geschäftstage war die Börse heute wieder zurückgefallen in eine lustlose,
träge und matte Tendenz, und nur an der Geringsfügigkeit der Umsätze liegt
es, wenn die Mattheit nicht auch in zahlreichen Coursberäthungen prä-
gnanten Ausdruck gewinnt. Vermittelt auf den hiesigen Platz wirkte es,
daß die auswärtigen Börsen sich den von hier ausgehenden Haussebestreben-
gen gegenüber so fühlbar verhielten. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß die frem-
den Börsenplätze ebenso wie Berlin der Mittheilung über die Pferdeausfuhr
besondere Deutungen gaben. Die Speculationswerthe, in erster Linie die
von Wien abhängigen Papiere, eröffneten den heutigen Verkehr mit günstigen
Coursreduktionen, beaupteten sich dann aber innerhalb kleiner Schwankungen
auf ziemlich gleichem Niveau. Die Speculation verhielt sich indes auf
diesem Gebiete fast ganz unthätig und in dem Maße, wie die Nachfrage
sich zurückzieht, blieb auch das Angebot unbedeutend. Die Transactionen
vollzogen sich mit jener Schwerfälligkeit, die dem Verkehr unübersteigliche
Grenzen zieht. Die Oesterreichischen Nebenbahnen blieben meist geschäftslos,
Oesterreichische Nordwestbahn und Galizier hatten etwas niedriger eingestuft,
vertriehen aber doch die Tendenz, die Courseinbuße wieder einzubringen.
Die lokalen Speculationsseffekten haben keinen belebteren Verkehr aufzuweisen,
besonders war Disconto-Commandit wenig am Geschäft theilhaftig, die Stim-
mung für das Effect erwies sich bedeutend matter als in den Tagen zuvor,
155, uft. 153 1/2 — 4 1/2, Dortmund Union 23,10, uft. 23 — 23 1/2, Laurah-
ütte stärker offerirt und weichend, 107 1/2, uft. 107 1/2 — 8 — 7 1/2. Für
die auswärtigen Staatsanleihen war die Stimmung wenig günstig, meist
zeigte sich das Angebot vorwaltend und mußten sich die Course daher Nach-
gänge gefallen lassen. Vorzugsweise waren Italiener gedrückt. Oesterreich.
Renten behaupteten sich so leidlich, Oesterr. 1860er Loose blieben sehr still.
Russische Werthe beliebt und sehr fest, für Bahnen zeigte sich rege Nach-
frage, Prämien-Anleihen trugen einen recht festen Charakter, 5-Anleihen
waren lebhaft und Bodencreditpandbriefe waren gut zu lassen. Preussische
Fonds zeigten sich ziemlich fest, in Renten und Pfandbriefen gutes Geschäft,
andere Deutsche Staatspapiere ohne Leben. Das Prioritätsgeschäft blieb
sehr eingeschränkt, zwar zeigte sich die Stimmung fest, der Verkehr drehte sich
aber fast ausschließlich nur um Kleinigkeiten; von ausländischen Prioritäten
fanden Lombardische (alte und neue) und Raab-Gräzer mehr Beachtung.
Auf dem Eisenbahnenmarkt hielt sich der Umsatz in sehr engen Gren-
zen, die Course hielten sich ziemlich unverändert, obwohl die Neigung, in we-
chende Richtung umzufragen, nicht gut zu verkennen war. Oberösterreichische
besser; für Rumänen zeigte sich zu niedriger Notiz gute Kaufkraft. Leichte
Bahnanlagen wurden mäßig umgesetzt und erhielten sich meist auf den letzten
Notirungen. Factantien im Allgemeinen fest; Unionbank und Deutsche
Hypothekbank (Berlin) anziehend und belebt, Disconto zu höherem Course
rege, besgl. Centralbank für Genossenschaften, Gothaer Grundcredit, Deutsche
Bank, Berliner Cassenverein, Hannov. B., Medlenb. Bodencredit, Medlenb.
Hypoth. und Danziger Privatb., Oldenburg. Sparb. zu besserem Course ge-
fragt, Gewerdbank zum Nachgeben geneigt. Industripapiere in sehr geringem
Verkehr, Continental-Gas anziehend, auch Centralfactorei besser, Rinde
(Waggonbau) belebt und höher, Berl. Eisenb. ging rege um, ohne die gelirte
Notiz zu ändern, ebenso Webers Union, Greppiner Werke beliebter. Berg-
werke im Allgemeinen fest. Victorialhütte, Centrum, Bochumer, König
Wilhelm und Cölnener besser. Wechsel sehr still, aber anziehend. Um 2 1/2 Uhr:
Credit 397, Lomb. 236,50, Franz. 531, Disc.-Comm. 155, Dortmund 23 1/2,
Laurah. 108. (Bank u. S.-Z.)

Telegraphische Course und Börsennotizen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 4. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-
course.] Londoner Wechsel 205,40. Pariser do. 81,60. Wiener do. 182,90.
Böhmische Wsch. 164. Galizier 203 1/2. (Franzosen) 266.
Lombarden 118. Nordwestbahn 137. Silberrente 69 1/2. Papier-
rente 65 1/2. Russ. Bodencredit 32 1/2. Russen 1872 102. Amerikaner 1882
99 1/2. 1860er Loose 117 1/2. 1864er Loose 308 00. Creditactien 198 1/2. Bank-
actien 872. Darmst. Bank 139 1/2. Brüsseler Bank 103. Berliner
Bankverein 81 1/2. Frankfurt Bankverein 80 1/2. do. Wechselbank 87.
Oesterr.-deutsche Bank 85. Meininger Bank 87 1/2. Hahn'sche Effectenb. 112.
Prob.-Disc.-Gesellschaft 80 1/2. Continental 84 1/2. Heff. Ludwigsbahn 116 1/2.
Oberösterreich 74 1/2. Raab-Gräzer 84 1/2. Ungar. Staatsloose 175,00. do. Schatz-
anweisungen alte 93 1/2. do. Schatzanw. neue 91 1/2. Oregon Eisenb. —.
Nordford do. —. Central-Pacific 83 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.
Zum Schluß ziemlich fest. Bahnen wenig verändert, Galizier matter,
Banten still, Anlageverträge fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 198 1/2, Franzosen 266 1/2, Lomb-
arden 118 1/2.

Hamburg, 4. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger
St.-R. 112 1/2, Silberrente 69 1/2, Credit-Actien 198 1/2, 1860er Loose
118 1/2, Nordwestbahn —, Franzosen 664, Lombarden 294 1/2, Ital. Rente
71 1/2, Vereinsbank 123 1/2, Laurahütte 108 1/2, Commerzb. 82 1/2, do. II. Em.
—, Norddeutsche 143 1/2, Prob.-Disc. —, Angl.-deutsche 45 1/2, do. neue 66 1/2,
Dän. Landmbk. —, Dortmund Union —, Wiener Unionb. —, 64er Russ.
Br.-R. —, 66er Russ. Br.-R. —, Amerikaner de 1882 93 1/2, Rdn.-M. St.-
Antl. 106 1/2, Rhein. C. do. 114 1/2, Berg.-Märk. do. 78, Disconto 2 1/2. Fest.
Hamburg, 4. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, aber
rubic, auf Termine rubig. Roggen loco still, auf Termine rubig. Weizen
126 pfd. per März 1000 Kilo netto 183 Br., 182 Gd., per April-Mai

1000 Kilo netto 183 Br., 182 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 184
Br., 183 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 185 Br., 184 Gd., per Juli-
August 1000 Kilo netto 187 Br., 186 Gd. Roggen per März 1000 Kilo
netto 149 Br., 147 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 145 Br., 144 Gd.,
per Mai-Juni 1000 Kilo netto 144 Br., 143 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo
netto 143 Br., 142 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 143 Br., 142
Gd. Hafer still. Gerste loco. Rübsöl fest, loco und pr. Mai 58, per
Oktob. per 200 Pfd. 60. Spiritus loco, per März 44 1/2, per April-Mai
44 1/2, per Mai-Juni 44 1/2, per Juni-Juli per 100 Liter 100 pSt. 45.
Kaffee sehr rubig, geringer Umfatz. — Petroleum behauptet, Standard
white loco 13, 00 Br., 12, 90 Gd., per März 12, 80 Gd., per April-Mai
12, 75 Gd., per August-December 13, 50 Br. — Wetter: Sehr schön.

Riverpool, 4. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)
Ruhmablicher Umfatz 15,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 18,000 B., da-
von 8000 B. amerikanische, 6000 B. ostindische.

Liverpool, 4. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.)
Umfatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen.
Stetig. Surats rubig. Amerikanische unthätig aber stetig.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikanische 7 1/2, fair Dhollerah 5 1/2,
middling fair Dhollerah 4 1/2, good middling Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah
4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Comra 5 1/2, good fair
Comra 5 1/2, fair Madras 5, fair Pernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair
Egyptian 8 1/2.

Antwerpen, 4. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreide-
markt.] (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen rubig, Odesia 18. Hafer
unverändert, Riga 23 1/2. Gerste behauptet.

Antwerpen, 4. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-
Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31 1/2 bez., u. Br.,
per März 31 1/2 bez. und Br., per April 32 1/2 bez. und Br., per September
35 bez., 35 1/2 Br., pr. September-December 35 1/2 bez. und Br. Rubig.

Bremen, 4. März. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white
loco 12 Mt. 90 Pfd. Rubig.

Berlin, 4. März. [Productenbericht.] Roggen verkehrte in fester
haltung und bei mangelnden Offerten haben sich Preise ein wenig gebessert.
— Roggenmehl fest. — Weizen recht fest, und namentlich zum Schluß sehr
knapp offerirt und höher bezahlt. — Hafer loco in feineren Sorten etwas
leichter veräußert, Termine behauptet. — Rübsöl animirt und steigend. —
Spiritus in matter Haltung.

Weizen loco 162—198 Rdmk. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert,
pr. März — Rdmk. bez., pr. März-April — Rdmk. bez., pr. April-Mai
177 1/2—178 1/2 Rdmk. bez., pr. Mai-Juni 179 1/2—180 1/2 Rdmk. bez., pr.
Juni-Juli 182—183 1/2—183 Rdmk. bez., pr. Juli-August 184 Rdmk. bez.,
— Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rdmk. — Roggen pro 1000
Kilogr. loco 141—160 Rdmk. nach Qualität gefordert, russischer 144—147
Rdmk. bez., ordinarer russischer — Rdmk. bez., inländischer 151—159 Rdmk.
bez., geringer inländischer — Rdmk. bez., defecter russischer — Rdmk. bez.,
pr. März 147 Rdmk. bez., pr. März-April 147 Rdmk. bez., pr. Frühjahr
144 1/2—145 1/2 Rdmk. bez., pr. Mai-Juni 141 1/2—142 Rdmk. bez., pr. Juni-
Juli 141 Rdmk. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rdmk. —
Gerste loco 132—185 Rdmk. nach Qualität gefordert. — Hafer loco
158—186 Rdmk. nach Qualität gefordert, ostpreussischer 162—170 Rdmk.
bez., westpreussischer 162—170 Rdmk. bez., russischer 162—170 Rdmk. bez.,
ungarischer und galizischer 156—166 Rdmk. bez., pommerscher 175—182
Rdmk. bez., medlenburger 175—182 Rdmk. bez., ordinarer russischer 150
Rdmk. ab Bahn bez., pr. März-April — Rdmk. bez., pr. Frühjahr 168 1/2
Rdmk. bez., pr. Mai-Juni 162 Rdmk. bez., pr. Juni-Juli 161—160 1/2
Rdmk. bez., pr. Juli-August — Rdmk. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründi-
gungspreis — Rdmk. — Erbsen: Rothwaare 183—234 Rdmk., Futter-
waare 164—178 Rdmk. — Weizenmehl Nr. 0 pr. 100 Kilo. Br. incl. Sad
25,75—24,75 Rdmk., Nr. 0 und 1 24,50—23 Rdmk. — Roggenmehl Nr. 0
23—22 Rdmk., Nr. 0 und 1 21—20 Rdmk. — Roggenmehl Nr. 0 und 1:
pr. März 20,80—90 Rdmk. bez., pr. März-April 20,80—90 Rdmk. bez., pr.
April-Mai 20,80—90 Rdmk. bez., pr. Mai-Juni 20,80—90 Rdmk. bez., pr.
Juni-Juli 20,80—90 Rdmk. bez., pr. Juli-August 20,80—90 Rdmk. bez.
— Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rdmk. — Delfaaten: Raps
— Rdmk., Rübsen — Rdmk. nach Qualität. — Rübsöl per 100 Kilo netto
loco 56 Rdmk. bez., mit Saß — Rdmk. bez., pr. März 56 Rdmk. bez., pr.
März-April 56 Rdmk. bez., pr. April-Mai 56,5—57,2—57,3 Rdmk.
bez., pr. Mai-Juni 57,2—58 Rdmk. bez., pr. Juni-Juli — Rdmk. bez., pr.
September-October 59,4—60,5 Rdmk. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründi-
gungspreis — Rdmk. — Leinöl loco 62 Rdmk. bez. — Petroleum pro 100
Kilo incl. Saß loco 30 Rdmk. bez., pr. März 28 Rdmk. Br., pr. März-
April 27,20 Rdmk. Br., pr. April-Mai 26,90 Rdmk. bez., pr. Mai-Juni
— Rdmk. bez., pr. Juni-Juli — Rdmk. bez., pr. September-October 28
Rdmk. bez. Gefündigt — Varrel. Ründigungspreis — Rdmk.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Saß“ 56,5—56,6 Rdmk. bez., „mit
Saß“ pr. März 57,3 Rdmk. bez., pr. März-April 57,3 Rdmk. bez., pr.
April-Mai 58,4—58,2—58,3 Rdmk. bez., pr. Mai-Juni 58,4—58,2—58,3
Rdmk. bez., pr. Juni-Juli 59,3—59,4 Rdmk. bez., pr. Juli-August 60,3
— 60,2 Rdmk. bez., pr. August-September 60